

2019

BIS

2021

GESCHÄFTSBERICHT

DER

Wir sind Freie Demokraten. Wir glauben, dass Deutschland jetzt einen Neustart braucht. Wir glauben, dass es moderner, digitaler und freier werden muss. Wir glauben an das große Potenzial unseres Landes. Wir sind bereit, Verantwortung dafür zu übernehmen.

FREIEN DEMOKRATEN

Freie
Demokraten

FDP

**Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,
liebe Freunde und Verbündete der Freien Demokraten,**

die besonderen Zeiten, die den Zeitraum dieses Geschäftsberichts prägen, manifestieren sich nicht zuletzt im anstehenden Bundesparteitag: Zum ersten Mal in der Geschichte der FDP findet er digital statt. Bereits der Bundesparteitag im Jahr 2020 wurde von der Corona-Pandemie beeinflusst: Gemeinsam haben wir – ebenfalls erstmalig – erfolgreich einen hybriden Bundesparteitag durchgeführt. Dennoch freue ich mich schon jetzt sehr darauf, bald wieder einen Parteitag in Präsenz veranstalten zu können.



Michael Zimmermann

Auch politisch war der Berichtszeitraum von besonderen Herausforderungen geprägt. Die größte Stärke der Freien Demokraten war dabei eine stabilisierende Konstante: Hoch motivierte und engagierte Mitglieder, die sich ehrenamtlich in Gremien wie Bundesfachausschüssen eingebracht, die sich in großer Zahl an der Weiterentwicklung unseres Leitbildes Anfang 2020 beteiligt und die durch ihre Mitarbeit an unserem Entwurf für das Bundestagswahlprogramm die programmatische Aufstellung der FDP geprägt haben. Herzlichen Dank dafür!

Mit der zügigen Einrichtung von digitalen Ortsverbänden, Fachausschüssen und einer Wahl-Software für Untergliederungen, mit neuen Mitmach-Formaten wie „Neu@FDP“ für Neumitglieder und „Wir@FDP“ als Schulungsangebot sowie mit weiteren Investitionen in die Digitalisierung konnten wir zur Modernisierung der Parteiarbeit beitragen – auch und gerade in Pandemie-Zeiten. Unsere Position als Digitalpartei Nr. 1, wie sie uns in einer Analyse der Konrad-Adenauer-Stiftung bescheinigt wurde, wollen wir in Zukunft nicht nur halten, sondern noch weiter ausbauen.

Für die anstehende Bundestagswahl sind wir Freie Demokraten gut aufgestellt. Mit „3K21“, mit der Bestätigung der Regierungsbeteiligung der FDP in Rheinland-Pfalz sowie mit starken Ergebnissen in Baden-Württemberg und Hessen sind wir sehr gut in das Jahr 2021 gestartet. Wir haben beste Chancen, mit dieser Dynamik die wichtigen Wahlen in diesem Jahr erfolgreich zu gestalten. Viele Bürgerinnen und Bürger schließen sich uns an und engagieren sich gemeinsam mit uns als Freie Demokraten für mehr Chancen durch mehr Freiheit, für die Bürgerrechte, für die Soziale Marktwirtschaft und für eine Modernisierung Deutschlands.

Sicher geht es vielen von Ihnen wie mir: Ich freue mich schon sehr darauf, gemeinsam mit Ihnen den Bundestagswahlkampf zu gestalten – und zwar hoffentlich mit vielen persönlichen Begegnungen und auch „klassischen“ Formaten! Ihr Engagement steht dabei im Zentrum des Erfolges. Als FDP wollen wir zum ersten Mal ein zweistelliges Wahlergebnis bei aufeinander folgenden Bundestagswahlen wiederholen. Und wir wollen die Zukunft in Regierungsverantwortung mitgestalten: für mehr Chancen durch mehr Freiheit. Nie gab es mehr zu tun!

Ihr

Michael Zimmermann

Inhaltsverzeichnis

Bundespartei und Bundesgeschäftsstelle	5
Präsidium und Bundesvorstand	5
Wahlprüfungsausschuss	7
Bundessatzungsausschuss	8
Bundesschiedsgericht	9
Haushalts- und Finanzkommission	10
Sitzung der Hauptgeschäftsführerinnen und Hauptgeschäftsführer	11
Liberales Internationales (LI) und ALDE (Partei)	12
Renew Europe (ehemals ALDE-Fraktion)	17
Liberaler Parteiservice	20
Programmarbeit	21
BFA Internationale Politik	21
BFA Bau und Wohnen	25
BFA Wirtschaft und Energie	26
BFA Finanzen, Steuern und Haushalt	28
BFA Ernährung und Landwirtschaft	32
BFA Arbeit und Soziales	33
BFA Gesundheit	34
BFA Justiz, Innen, Integration und Verbraucherschutz	36
BFA Bildung, Forschung und Technologie	38
BFA Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	39
BFA Digitale Agenda, Internet & Medien	40
BFA Familie, Senioren, Frauen und Jugend	41

BFA Verkehr	42
BFA Kultur	43
BFA Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften	45
BFA Sport	46
Kommission Freiheit und Ethik	47
AG Chancen durch Vielfalt/AG Parteienentwicklung	48
Programmkommission zur Bundestagswahl	50
Liberales Vorfeld	52
Bundesverband Junge Liberale.....	52
Liberaler Mittelstand	54
Bundesverband Liberale Frauen e.V.	56
Bundesverband der Liberalen Senioren	57
Bundesverband Liberale Hochschulgruppen	58
Bundesvereinigung Liberaler Kommunalpolitiker	59
Liberales Schwule und Lesben (LiSL)	60
Statistik	62
Mitgliederentwicklung im Berichtszeitraum	62
Wahlergebnisse im Berichtszeitraum.....	63
Organisationsplan der FDP-Bundesgeschäftsstelle	64

Präsidium und Bundesvorstand

Insgesamt trat das Präsidium zu 37 Sitzungen (bis einschl. Mai 2021) sowie zu zwei Klausurtagungen zusammen. Der Bundesvorstand trat zu 25 Sitzungen (bis einschl. Mai 2021), sowie zu einer Klausursitzung zusammen. Die Gremiensitzungen wurden in Präsenz und seit April 2020 in digitaler bzw. teilweise hybrider Form durchgeführt.

Dem Bundesvorstand gehörten von April 2019 bis Mai 2021 an:

Präsidium:

Christian Lindner	Bundevorsitzender
Wolfgang Kubicki	stellv. Bundevorsitzender
Katja Suding	stellv. Bundevorsitzende
Nicola Beer	stellv. Bundevorsitzende
Dr. Hermann Otto Solms	Bundesschatzmeister (bis 09/2020) Ehrevorsitzender (ab 09/2020)
Harald Christ	Bundesschatzmeister
Linda Teuteberg	Generalsekretärin (bis 09/2020)
Dr. Volker Wissing	Beisitzer (bis 09/2020) Generalsekretär (ab 09/2020)
Michael Theurer	Beisitzer
Frank Sitta	Beisitzer (bis 09/2020)
Bettina Stark-Watzinger	Beisitzerin (ab 09/2020)
Dr. Lydia Hüskens	Beisitzerin (ab 09/2020)
Moritz Körner	Vertreter der FDP-Mitglieder in der Liberalen Fraktion des Europäischen Parlaments
Dr. Marco Buschmann	Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion
Dr. Hans-Ulrich Rülke	Sprecher der FDP-Fraktionsvorsitzendenkonferenz
Marco Mendorf	Bundesgeschäftsführer (bis 12/2019)
Michael Zimmermann	Bundesgeschäftsführer (01/2020)
Karl-Heinz Paqué	Vorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Dr. Heiner Garg	stellv. Ministerpräsident Schleswig-Holstein
Dr. Joachim Stamp	stellv. Ministerpräsident Nordrhein-Westfalen
Walter Eschweiler	Bevollmächtigter des Bundesschatzmeisters

Bundesvorstand:

Dr. Stefan Birkner	Dr. Lukas Köhler
Sylvia Bruns	Konstantin Kuhle
Kirsten Cortez de Lobao	Lars F. Lindemann
Bijan Djir-Sarai	Michael Georg Link
René Domke	Alexander Pokorny
Christian Dürr	Dr. Andreas Reichel
Dr. Marcus Faber	René Rock

Otto Fricke
Yvonne Gebauer
Axel Graf Bülow
Martin Hagen
Torsten Herbst
Katja Hessel
Prof. Dr. Hauke Hilz
Manuel Höferlin
Thomas L. Kemmerich (ruhend)
Pascal Kober

Dr. Stefan Ruppert
Daniela Schmitt
Ria Schröder
Judith Skudelny
Bettina Stark-Watzinger (bis 09/2020)
Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann
Florian Toncar (seit 09/2020)
Johannes Vogel
Anna von Treuenfels-Frowein
Lencke Wischhusen

Kooptierte Mitglieder:

Tabea Gandelheidt (ab 01/2020)
Katja Grosch (bis 02/2020)
Clarisse Höhle (bis 09/2019)
Jacqueline Krüger (ab 02/2020)
Detlef Parr
Judith Pirscher
Laura Schieritz (ab 10/2019)
Lukas Tiltmann (bis 12/2019)
Jens Teutrine (ab 09/2020)

Ständige Gäste:

Manfred Eisenbach
Daniel Föst
Hans-Peter Goetz (bis 09/2019)
Christopher Gohl
Dorian Hartmuth (ab 11/2020)
Michael Kauch
Alexander Graf Lambsdorff
Markus Löning
Oliver Luksic
Christoph Meyer
Frank Müller-Rosentritt (ab 11/2019)
Marc Naether
Steffen Saebisch
Thore Schäck (ab 12/2020)
Linda Teuteberg (ab 09/2020)
Holger Zastrow (bis 10/2019)

Wahlprüfungsausschuss

Der Wahlprüfungsausschuss prüft gemäß § 12 Absatz 3 der Bundessatzung die Ordnungsmäßigkeit der Einberufung des Bundesparteitages. Weiter prüft er vor Beginn des Parteitages die Zahl und Stimmberechtigung der Delegierten der Landesverbände anhand der Protokolle über die Wahlen der Delegierten und der geprüften Unterlagen über die Mitgliederzahlen.

Der Wahlprüfungsausschuss hat diese Prüfung vor dem 70., 71. und 72. Ordentlichen Bundesparteitag in Berlin vorgenommen und keine Beanstandungen festgestellt.

Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses waren:

Carsten Biesok	Vorsitzender
Otto Fricke	Mitglied
Bodo Chemnitz	Mitglied
Katja Hessel	Mitglied
Sebastian Haag	Mitglied
Dr. Gero Hocker	Mitglied
Friedrich Ohnesorge	Stellv. Mitglied
Roland Eibold	Stellv. Mitglied
Michael Reichelt	Stellv. Mitglied
Gabriele Heise	Stellv. Mitglied
Dr. Hans-Günther Oberlack	Stellv. Mitglied

Bundessatzungsausschuss

Vorsitz: Michael Reichelt

Der Bundessatzungsausschuss hat die Aufgabe, den Bundesvorstand, das Bundesschiedsgericht, die Landesvorstände, die Landesschiedsgerichte und die Landessatzungsausschüsse bei Rechtsfragen zu beraten, insbesondere wie Bestimmungen der Bundes- oder Landessatzung auszulegen oder ob Landessatzungsregelungen mit der Bundessatzung vereinbar sind.

Auf dem 70. Ordentlichen Bundesparteitag am 26.-28. April 2019, wurden Michael Reichelt als Vorsitzender des Bundessatzungsausschusses und Patrick Arora als Stellvertreter in ihren Ämtern bestätigt. Die aktuelle Amtsperiode dauert von 1. Januar 2020 bis 31. Dezember 2023.

Schwerpunkt der Ausschusstätigkeit im zurückliegenden zweijährigen Berichtszeitraum war die Parteiarbeit unter den Bedingungen der Coronapandemie. Neben zahlreichen praktischen Fragen, wie z.B. der Beschränkung von Mitglieder- und Delegiertenrechten aufgrund der Pandemiesituation, bildete die Anpassung von Bundessatzung und Geschäftsordnung zur Bundessatzung an die Erfordernisse der Digitalisierung einen Schwerpunkt der Beratungen. Diese waren auch Grundlage für die Satzungsänderungsanträge des Bundesvorstandes zum 72. Ordentlichen Bundesparteitag, mit denen der digitalen

Arbeit der Organe und Gremien der FDP ein satzungsmäßiger Rahmen gegeben werden soll.

Zudem begleitete der Ausschuss die Vorarbeiten für eine Änderung der Verfahrensordnung für den Einsatz von Stimmgeräten auf Präsenzparteitagen. Diese sollen nach dem Willen des Präsidiums der FDP künftig nicht mehr nur für inhaltliche Abstimmungen, sondern auch für parteiinterne Vorstands- und Delegiertenwahlen zugelassen sein. Hierzu fand ein eigener Erörterungstermin statt, bei dem neben dem Verordnungsentwurf der Bundesgeschäftsstelle auch die geplante technische Umsetzung begutachtet wurde. Weiterhin befasste sich der Bundessatzungsausschuss u.a. mit der Zulässigkeit der Wiederholung von Kandidatenaufstellungen für öffentliche Wahlen, der möglichen Wiedereinführung des Bundeshauptausschusses sowie mit der Begutachtung satzungsrelevanter Themen aus der AG Parteientwicklung, z.B. der Einführung des sogenannten „Mitgliederantrags“ zum Bundesparteitag.

Hinzukommt die Stellungnahme zu eingereichten Anträgen auf Änderung der Bundessatzung und die Begründung des Votums im Bundesvorstand und auf dem Bundesparteitag. Dies stellt eine regelmäßig wiederkehrende Aufgabe des Bundessatzungsausschusses dar.

Bundesschiedsgericht

Präsidentin: Mechthild Dyckmans

Das Bundesschiedsgericht ist u. a. zuständig für Beschwerden gegen Entscheidungen der Landesschiedsgerichte, die Anfechtung von Wahlen durch Organe der Bundespartei oder Streitigkeiten der Bundespartei mit einzelnen Mitgliedern. Seine Tätigkeit beruht auf § 14 Abs. 1 Parteiengesetz, nach dem zur Schlichtung und Entscheidung von Streitigkeiten der Partei oder eines Gebietsverbandes mit einzelnen Mitgliedern und Streitigkeiten über Auslegung und Anwendung der Satzung Schiedsgerichte zu bilden sind.

Im Berichtszeitraum amtierte Mechthild Dyckmans als Präsidentin des Bundesschiedsgerichts und Rainer Funke als Stellvertreter. Daneben gehörten dem Gericht Dr. Manuel Schütt, Bernhard Nüsch und Karin Hannappel als weitere Beisitzer sowie Joachim Moritz, Dr. Ulrich Brink, Claus Jäger, Michael Reichelt, Dr. Bernd Groh und Dr. Thilo Rohlfs als stellvertretende Beisitzer an.

Beim Bundesschiedsgericht gingen insgesamt 18 Beschwerden und Anträge ein. Acht kamen aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen,

fünf aus Baden-Württemberg, zwei aus dem Bereich der Auslandsgruppe Europa und je ein Verfahren aus den Landesverbänden Bayern, Brandenburg und Niedersachsen. Drei der Verfahren wurden durch Beschluss, eines durch Vergleich und eines durch rechtskräftigen Vorbescheid beendet. Vier Verfahren wurden durch Beschluss zur Entscheidung an Landesschiedsgerichte verwiesen. Da aufgrund der Corona-Pandemie keine weiteren mündlichen Verhandlungen stattfinden konnten, sind neun Verfahren noch anhängig.

Die Verfahren betreffen zu einem großen Teil die Anfechtung von Wahlen und Beschlüssen von Parteitag und Aufstellungsversammlungen. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Beendigung der Mitgliedschaft aufgrund von Kandidaturen für kommunale Wählergruppen, die im Wettstreit mit der FDP stehen. Auch der parteiinterne Datenschutz rückte im Berichtszeitraum mit mehreren Verfahren in den Fokus des Bundesschiedsgerichts.

Da die vierjährige Amtszeit des Bundesschiedsgerichts am 31. Dezember 2021 endet, steht auf dem 72. Ord. Bundesparteitag am 14.-16. Mai 2021 die Neuwahl des Gerichts an.

Haushalts- und Finanzkommission

Vorsitz: Dr. Hermann Otto Solms

Gemäß § 2 der Finanz- und Beitragsordnung des Bundesverbandes wählt der Bundesvorstand für die Dauer seiner Amtszeit eine Haushalts- und Finanzkommission. Sie besteht aus mindestens fünf und höchstens elf Mitgliedern. Der Bundesschatzmeister ist Kraft seines Amtes zugleich Vorsitzender dieser Kommission. Die Kommission tagte unter dem Vorsitz des Bundesschatzmeisters, Dr. Hermann Otto Solms, am 25.11.2019 und am 14.12.2020 in Berlin. Gegenstand der Beratungen waren die aktuelle und mittelfristige Finanzplanung mit Schwerpunkt auf die Planungen für die Bundestagswahl. Mitglieder der vom Bundesvorstand gewählten Kommission in der Berichtsperiode waren: Otto Fricke, Christian Grascha, Dr. Klaus von Lindeiner, Bettina Stark-Watzinger und Roland Werner.

Sitzung der Hauptgeschäftsführerinnen und Hauptgeschäftsführer

Vorsitz: Michael Zimmermann

Die Runde der Hauptgeschäftsführer der Freien Demokraten trifft sich regelmäßig zu vier bis fünf Sitzungen pro Jahr. Unter Vorsitz von Bundesgeschäftsführer Michael Zimmermann setzt sie sich aus den Hauptgeschäftsführerinnen und Hauptgeschäftsführern der 16 Landesverbände, dem Bundesgeschäftsführer der Jungen Liberalen sowie weiteren Vertretern aus dem liberalen Umfeld zusammen. Aufgabe der Runde ist es, die einzelnen Aktivitäten und Maßnahmen der Verbände und Institutionen abzustimmen und zu koordinieren, den Informationsfluss zu befördern und eine weitere Professionalisierung in allen Bereichen zu erreichen.

Die Kampagnenplanung zu den Landtagswahlen steht dabei oft im Zentrum der Beratungen.

Daneben umfasst die Agenda der Sitzungen stets einen Lagebericht der aktuellen politischen Situation auf landes- und bundespolitischer Ebene sowie einen Ausblick auf aktuelle und anstehende Projekte, beispielsweise im Bereich „Digitales“. Ebenso wichtig ist der informelle Austausch über aktuelle politische und organisatorische Fragen.

Des Weiteren beschäftigt sich die Runde regelmäßig mit rechtlichen Fragen zu Satzung und Parteienrecht und zu Beschlüssen der Landesschiedsgerichte sowie der Vorbereitung von Schatzmeistertagungen. Die Hauptgeschäftsführerinnen und Hauptgeschäftsführer stimmen sich zudem ab, inwieweit sich die Landesverbände gegenseitig bei den jeweiligen Wahlkämpfen unterstützen können.

Liberaler Internationale (LI) und ALDE (Partei)

LI-Schatzmeister: Manfred R. Eisenbach

Auch wenn es bei einer weltweiten, mitgliedergetragenen Organisation wie der Liberal International (LI) in der Natur der Sache liegt, die modernen Kommunikationsmittel bei ihren Aktivitäten und im Austausch mit und unter den Mitgliedern intensiv einzusetzen, erwies sich die Anfang 2020 ausgebrochene Covid-19-Pandemie als eine tiefgreifende Zäsur, die sich dauerhafter als erhofft erweisen sollte und sich erheblich auf Funktions- und Arbeitsweise der LI bis heute auswirkt. Weder konnten seither statuarische Meetings wie Kongresse und Exekutivkomitees noch Präsidiumssitzungen als Präsenzveranstaltungen stattfinden. Gleiches gilt auch für das Human Rights Committee (LI HRC) und das Climate Justice Committee (LI CJC), die beiden ständigen Ausschüsse der liberalen Weltunion. Ende November 2019 trat in der alten marokkanischen Königstadt Fès, dem Geburtsort der ein Jahr zuvor auf dem Kongress in Dakar gewählten neuen LI-Präsidentin Hakima El Haité, letztmalig das Exekutivkomitee zu einer ordentlichen Sitzung zusammen. Der für Frühjahr 2020 nach Sofia einberufene 63. Kongress wurde zunächst auf den Herbst verschoben, dann abgesagt, und mit Blick auf die Entwicklung der Pandemie und den Impffortschritt hofft man nun, im Spätherbst zumindest einen hybriden LI-Kongress einberufen zu können. Das LI-Präsidium hat seit März letzten Jahres voll auf digitale Sitzungen umgestellt, aber seinen Tagungsrythmus merklich erhöht und hält jetzt alle vier bis sechs Wochen kurze Videokonferenzen ab.

Die massiven internationalen Reisebeschränkungen, der weltweite Drehtür-Effekt von einem zum nächsten Lockdown, die belastbare Planbarkeit verunmöglichten, zwangen dazu, die gesamte Tätigkeit der Organisation „von jetzt auf gleich“ weitgehend elektronisch, d. h. virtuell über das Internet und die sozialen Netzwerke, zu gestalten. Das ist dem in London angesiedelten Sekretariat

mit seinen wenigen Mitarbeitern – unter den erschwerten Bedingungen des plötzlichen, ungeordneten Abgangs des erst im zweiten Jahr amtierenden Generalsekretärs Gordon Mackay gleich zu Beginn der pandemischen Lage – nach verständlichen Anlaufschwierigkeiten sehr gut gelungen. Dem zunächst mit der interimistischen Leitung des LI-Sekretariat betrauten langjährigen Pressesprecher, William Townsend, der verdientermaßen Anfang diesen Jahres dann auch zum neuen Generalsekretär bestellt wurde, und seinem hochmotivierten Team gebührt hier aller Dank.

Neben einer höheren Taktung des bekannten LI Newsletter (den jeder online abonnieren kann!) und der Einführung eines neuen, regelmäßigen internationalen „Covid-19 Round up“ veranstaltete die LI seit Beginn der Pandemie eine Vielzahl von Webinaren, sehr häufig in Kooperation mit Mitgliedsorganisationen und liberalen Stiftungen und Think Tanks, aber auch mit politisch ungebundenen Institutionen wie z. B. Universtitäten. Hier ist zuvorderst der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit ihrem Vorstandsvorsitzenden Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué zu danken, der als LI Deputy President die besonderen Herausforderungen der liberalen Weltunion aus nächster Nähe kennt und dadurch vieles in der Zusammenarbeit möglich macht. LI-Präsidentin Hakima El Haité suchte erfolgreich auch engeren Kontakt zur Mitgliedschaft über persönliche Ansprache in Diskussionsrunden. Mit Blick auf die im Rahmen digitaler Events erzielte enorme Erweiterung der Reichweite, des Mehr an Interaktionen und Feedback ist sicherlich davon auszugehen, dass die insgesamt positiven Erfahrungen mit diesen virtuellen Formaten auch in Zukunft eine wesentliche Plattform der politischen Arbeit nach innen und nach außen bleiben und die traditionellen internationalen Präsenzveranstaltungen sehr effektiv ergänzen wird.

Sicherlich auch unter dem Eindruck der in Fès am Beispiel Afrikas einmal mehr geführten

Diskussion über die Bedeutung von Freihandel, Direktinvestitionen und integrierten Märkten für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung beschloss das LI-Präsidium Anfang 2020, eine schon seit langem erörterte Überlegung zu finalisieren und die LI durch die Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Fairer Handel“ auch strukturell noch breiter aufzustellen. Denn aus liberaler Sicht ist der freie, regelbasierte faire Handel eine tragende Säule für weltweiten Fortschritt, Wohlstand und Frieden. Unsere internationale Welthandelsordnung wird zunehmend von Populisten auf der rechten wie linken Seite des politischen Spektrums herausgefordert. Wachsender Protektionismus und systemischer Wettbewerb zwischen dem Modell der liberalen Marktwirtschaft und rosinenpickendem Staatskapitalismus chinesischer Prägung bedrohen die wirtschaftliche Freiheit. In diesem Sinne wird mit diesem neuen Gremium, das von LI Deputy President Karl-Heinz Paqué geleitet wird, die Grundlage für einen weiteren ständigen Fachausschuss geschaffen, der die anerkannte, exzellente Arbeit der beiden schon bestehenden ständigen Ausschüssen für Menschenrechte bzw. Klimagerechtigkeit hervorragend ergänzen wird.

Dem LI-Menschenrechtsausschuss (LI HRC) spielt die Pandemie insofern den Ball direkt zu, als sich das Gremium als einen der drei Arbeitsschwerpunkte der laufenden Drei-Jahres-Projektperiode das Thema „Digitale Innovation und Menschenrechte“ gesetzt und dazu noch der Fragestellung der Verteidigung des demokratischen Raums durch Stärkung der bürgerlichen und politischen Rechte in den Fokus genommen hat. Denn wir beobachten mit großer Sorge, dass unter dem Deckmantel der Pandemiebekämpfung der demokratische Raum in Demokratien wie in autoritären Staaten rapide schrumpft(e). Als Liberale ist uns besonders bewusst, dass Redefreiheit, Verhältnismäßigkeit, eine gesunde politische Opposition sowie eine funktionierende Zivilgesellschaft die Eckpfeiler jeder robusten und vitalen demokratischen Gesellschaft

sind. Deshalb dürfen wir nicht zulassen, dass diese und andere fundamentale Werte auf die Opferliste der Corona-Pandemie gelangen. Von dem Vertrauensverlust der Bürger in ihre Regierung ganz zu schweigen. Das LI HRC, in dem Gyde Jensen, FDP-Vorsitzende des Bundestagsmensenrechtsausschusses, mitarbeitet, bekräftigte im Rahmen des Tages der Menschenrechte am 10. Dezember 2020 nachdrücklich die Forderung, dass alle Maßnahmen, insbesondere aber Einschränkung der Menschenrechte, sorgfältig bewertet und streng verhältnismäßig ausgestaltet werden müssen.

Daneben konnte das LI HRC im Oktober 2020 erstmals den „Women in Political Parties Index“ (WIPP), vorstellen. Mit dieser Eigenentwicklung auf der Basis einer umfangreichen Datenerhebung unter den Mitgliedern wird diesen ein Tool an die Hand gegeben, ihre eigene Gender-Inklusivität zu bewerten und zu verbessern. Die Auswertung zeigt, dass sich Gender-Inklusivität positiv auf den Erfolg politischer Parteien auswirkt. Die Ergebnisse zeigen auch, dass weltweit Liberale Vorreiter bei diesem Thema sind, zugleich aber auch bei den Liberalen weitere Herausforderungen angegangen werden müssen, insbesondere durch Bildungsangebote wie Seminare, durch welche Frauen ermutigt werden, politische Verantwortung zu übernehmen. Der LI Gender Equality Report 2020 ist auf der LI-Website eingestellt, und eine neue Umfrage unter den Mitgliedern für den Report 2021/22 läuft derzeit.

Im LI-Klimaausschuss (LI CJC) laufen derzeit unter starker Mitwirkung von Hakima El Haité die Vorbereitungen für die vom letzten Jahr auf diesen Herbst verschobene UN-Klimakonferenz in Glasgow (COP 26). Als frühere marokkanische Umweltministerin und Vorsitzende der COP 22-Weltklimakonferenz in Marrakesch ist die LI-Präsidentin als UN High-Level Climate Champion in hervorragender Weise mit der Vielzahl der komplexen und auch kontroversen Dossiers vertraut und bestens vernetzt, um die liberale Weltunion sachkundig und mit

großem Momentum zu vertreten. Schon auf der Tagung in Fès hatte die LI auf Antrag von FDP und DGLI, der maßgeblich auf unser LI CJC-Mitglied und klimapolitischen Sprecher Lukas Köhler zurückging, einmütig eine Resolution mit der Forderung verabschiedet, zeitnah ein globales, effektives, faires und konsistentes Emissionshandelssystem (ETS) einzuführen. An diesem Beispiel unter vielen wird deutlich, dass die Liberalen einen sicheren Kompass haben, um auf der Basis von Technologieoffenheit und eines freiheitlichen, fairen ordnungspolitischen Rahmens die existentiellen Folgen des Klimawandels durch einen schnellen, innovativen Umbau der gesamten Weltwirtschaft zu verhindern. Wir Liberale wollen Klimaschutz und wir können Klimaschutz.

Aber auch intern hat die LI im Berichtszeitraum einen gewaltigen Schritt nach vorne gemacht. Auf einem hauptsächlich zu diesem Zweck am 20. Oktober letzten Jahres abgehaltenen außerordentlichen virtuellen Kongress verabschiedete die LI nahezu einstimmig die Neufassung ihrer Statuten und schloss damit den ersten Teil eines organisatorischen Reformvorhabens ab, das Manfred R. Eisenbach als LI-Schatzmeister bereits 2016 kurz nach seiner Wahl in Mexiko aufgegleist und beharrlich vorangetrieben hatte. Darauf aufbauend, sollte in einem zweiten Reformschritt nun zügig die Finanzverfassung der LI fortentwickelt werden, um ihre wirtschaftliche Basis auf sicherere Fundamente zu stellen. Mit der neuen Satzung wird die Governance der LI auf die Höhe der Zeit gebracht, den über die Jahrzehnte eingetretenen organisatorischen Veränderungen innerhalb der liberalen Weltunion Rechnung getragen sowie deren Inklusion und Diversität nachhaltig verbessert. Mit dieser Reform und dem bereits 2017 in Andorra verabschiedeten neuen Liberalen Manifest ist die Liberal International als weltweiter Zusammenschluss liberaler Parteien und Organisationen insgesamt politischer und schlagkräftiger geworden. (Beschlossene Resolutionen und weitere

Einzelheiten können unter www.liberal-international.org abgerufen werden.)

Die Europawahl 2019 war eine Gestaltungswahl für die Zukunft Europas. In diese „Schicksalswahl“ zogen die europäischen Liberalen dieses Mal nicht wie in 2014 mit einem oder zwei Spitzenkandidaten, sondern einem Spitzenteam aus sieben gleichberechtigten Führungspersonlichkeiten aus sieben Mitgliedsländern der Europäischen Union, unter ihnen auch die Spitzenkandidatin der Freien Demokraten, Nicola Beer. Mit diesem Personalangebot von fünf Frauen und zwei Männern mit unterschiedlichstem politischen und beruflichen Hintergrund macht die ALDE deutlich, dass sie nicht nur für alle Spitzenjobs der Europäischen Union qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber bieten kann, sondern manifestierte ihren weitergehenden Gestaltungsanspruch für die nächste Legislaturperiode im Europäischen Parlament. Durch den Beitritt der französischen République en Marche sind die Liberalen drittstärkste Kraft im EU-Parlament geworden und damit stärker als je zuvor.

Im Herbst 2019 kam die liberale Familie in Athen zusammen, um auf dem jährlich stattfindenden ALDE-Kongress den inhaltlichen Kurs für die kommenden Jahre zu bestimmen und das ALDE-Präsidium zum Teil neu zu besetzen. Der Niederländer Hans van Baalen (VVD) wurde in seinem Amt als Vorsitzender der ALDE-Partei bestätigt. Alexander Graf Lambsdorff wurde zum Vize-Vorsitzenden gewählt und vertritt damit seit 2019 die Freien Demokraten im Präsidium der ALDE-Partei. Neben Graf Lambsdorff wurden auch Ilhan Kyuchyuk (Movement for Rights and Freedoms - Bulgarien), Annelou von Egmond (D66 - Niederlande), Daniel Berg (Momentum – Ungarn), Sal Brinton (Liberal Democrats – Vereinigtes Königreich) und Timmy Dooley (Fianna Fail - Irland) als Vize-Vorsitzende benannt.

Eine Zäsur und besondere politische Herausforderung stellte im Berichtszeitraum

der Brexit dar. Von Beginn an unterstützen die Freien Demokraten die Liberal Democrats bei ihrem Einsatz, das Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union zu verhindern, bzw. einen geordneten Austritt aus der EU zu erreichen. Die Freien Demokraten bedauern den Austritt des Vereinigten Königreichs ausdrücklich, begrüßen aber, dass es nicht zu einem harten Brexit gekommen ist und wollen die Tür für einen zweiten Beitritt offenhalten, falls eine neue britische Generation den Brexit und seine nachteiligen Folgen für beide Seiten überdenkt.

Seit Anfang 2020 bestimmt auch die um sich greifende Corona-Pandemie die politischen Debatten auf europäischer Ebene. Die Ausbreitung des Virus und die damit verbundenen Schutzmaßnahmen zur Eindämmung der Pandemie haben gravierende wirtschaftliche und gesellschaftliche Auswirkungen und stellen die europäische Gemeinschaft vor eine historisch einmalige Herausforderung.

Auch die ALDE-Partei bewies nach dem Ausbruch der Pandemie schnelles Umdenken und organisatorisches und logistisches Geschick. So musste der ursprünglich für Dezember 2020 geplante Kongress auf Juni 2021 verschoben werden. Die für 2020 angesetzten Sitzungen des ALDE-Rats wurden erfolgreich digital durchgeführt. Was die europäische Gemeinschaft aus der Corona-Pandemie lernen kann und wo Europa Nachholbedarf hat, um auf künftige Krisen besser vorbereitet zu sein, damit beschäftigten sich die ALDE-Delegierten in einer Resolution zum Thema „Lessons learned from the COVID-19 pandemic“ die im Rahmen einer digitalen Ratssitzung verabschiedet wurde. Klar ist, Europa muss einen Weg aus der Krise finden, mit dem es solidarischer, souveräner und stärker wird.

Die Corona-Pandemie hat Wirtschaft und Gesellschaft teilweise fast zum Erliegen gebracht. Die Zweite Jahreshälfte 2020 war daher auch von den Verhandlungen rund

um den Aufbaufonds Next Generation EU geprägt. Die Frugal Four, plus Finnland, haben unter Führung des liberalen niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte die ursprünglichen Vorschläge von Bundeskanzlerin Merkel und Staatspräsident Macron in entscheidenden Punkten zielgenauer und effektiver gemacht. Auch die ALDE-Partei hat betont, dass die europäischen Volkswirtschaften sich strukturell reformieren, die Umwelt wirksamer schützen und die Digitalisierung vorantreiben müssen, um für künftige Herausforderungen besser gerüstet zu sein. Die differenzierte Auffassung der FDP zum Aufbaufonds Next Generation EU wird in der ALDE-Partei geteilt.

Die ALDE hat 2019 beschlossen, einzelne Politiker in zentral- und osteuropäischen Ländern stärker zu unterstützen und dieser Absicht in der Resolution „Supporting ALDE Individual Members in Central and Eastern Europe“ Ausdruck verliehen. Obwohl sich die politischen Landschaften teilweise wandeln, stoßen insbesondere aufstrebende Politikerinnen in Zentral- und Osteuropa immer noch an unsichtbare aber feste Grenzen. Gemeinsam mit der Friedrich-Naumann-Stiftung und dem European Liberal Forum war die ALDE daher auch im Berichtszeitraum aktiv beteiligt an der European Women’s Academy, die künftige weibliche Führungskräfte in Programmen trainiert, Wissen und insbesondere ein breites Netzwerk zur Seite stellt und auf allen Stufen ihrer politischen Reise begleitet. Viele der Absolventinnen sind inzwischen Parlamentarierinnen auf allen Ebenen. Ebenfalls bereits 2019 hat die ALDE festgestellt, dass die offene und freie öffentliche Debatte durch Desinformationen in Sozialen Netzwerken empfindlich gestört wird. Besonders derartige Versuche durch ausländische Regierungen werden in der Resolution „Democracy and the rule of law during the digital revolution“ angesprochen.

Die ALDE wird sich aktiv in die „Konferenz

zur Zukunft Europas“ einbringen. Es war ein Herzensanliegen der ALDE, ein solches Format anzubieten. Gemeinsam mit Emmanuel Macron konnte sich die ALDE während der Verhandlungen um die Bildung der Europäischen Kommission durchsetzen. Die Konferenz wird offiziell am Europatag, am 09. Mai 2021 beginnen. Die diesbezüglichen inhaltlichen umfassenden Präferenzen und Ideen der ALDE wurden in der Resolution „ALDE input to the Conference on the Future of Europe“ Ende 2020 beschlossen.

(Alle beschlossene Resolutionen und weitere Einzelheiten können unter www.aldeparty.eu abgerufen werden)

Renew Europe (ehemals ALDE-Fraktion)

Vertreter der FDP-Gruppe im Europäischen Parlament: Nicola Beer

Ob Wirtschaft und Handel, Rechtsstaat, Klima und Gesundheit, Menschenrechte und Migration – die Delegation der Freien Demokraten besetzt in Brüssel wichtige Schlüsselpositionen in der Renew Europe-Fraktion und im Parlament, um erfolgreich liberale Politik zu gestalten, nah am Menschen, mit Mut zu europäischem Reformgeist.

Als Berichterstatterin bzw. Schattenbericht-erstatteerin im Industrie- und Forschungsausschuss zur Künstlichen Intelligenz, zur Digitalen Zukunft Europas und für den Digital Markets Act arbeitet **MdEP und Vizepräsidentin Nicola Beer** im engen Schulterschluss mit den EU-Kommissaren der liberalen Familie daran, ein liberales Europa der Technologieführerschaft an die internationale Spitze zu setzen. Im Wirtschafts- und Währungsausschuss rückt die Delegationsleiterin der FDP den Mittelstand als liberales Kernthema in den Fokus. Hier geht es vor allem um Bürokratieabbau und in der Praxis umsetzbare Regelungen. So setzt sie sich für eine „One in two out“-Regelung sowie eine konsequent angewendeten KMU-TÜV auf EU-Ebene ein. Ihr besonderes Augenmerk gilt zudem einer mittelstandsfreundlichen Umsetzung des Green Deal, etwa bei der Taxonomie-Regulierung, um kleine und mittlere Unternehmen bei der Transformation zu nachhaltigem Wirtschaften zu unterstützen, statt zu belasten. Im Covid-Krisenmanagement beförderte die Vizepräsidentin mit einer streng konditionierten Mittelvergabe einen auch für die Liberalen gangbaren Weg und drängte auf einen aufschwungsorientierten Corona-Hilfsfonds durch die richtigen Weichenstellungen für Investitionen in Forschung, Innovation und Infrastruktur. Mehr Entfaltung, weniger Hürden für Stiftungen und gemeinnützige Organisationen, daran arbeitet Nicola Beer intensiv zusammen mit nicht-Regierungsakteuren. Das Potential der Gemeinnützigkeit will die Vizepräsidentin weiter

ausbauen, um letztlich einen Binnenmarkt für Gemeinnützigkeit zu schaffen. Als Vorsitzende der Arbeitsgruppe des Parlaments gegen Antisemitismus setzt sich Nicola Beer für die Einführung der Antisemitismus-Definition der International Holocaust Remembrance Alliance auf allen Ebenen ein und arbeitet als Mitglied der EU-Israel Delegation u.a. an der Wiederaufnahme des Assoziierungsrates. Freiheitspolitikerin durch und durch, verteidigt Beer darüber hinaus Menschen in politischer Notlage, etwa mit Blick auf die demokratische Opposition aus Belarus, inhaftierte Frauen im Iran oder die Freiheitsbewegung in Hongkong.

MdEP Svenja Hahn vertritt die FDP im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) und setzt sich dort für den konsequenten Ausbau des Europäischen Binnenmarktes ein. Insbesondere arbeitet sie darauf hin, in Europa endlich einen digitalen Binnenmarkt zu schaffen. Sie ist stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Digitaler Binnenmarkt“, in der Ideen und Lösungen für eine Digitalunion erarbeitet werden. Für die Fraktion Renew Europe ist Svenja Hahn Berichterstatterin für alle Berichte zu Künstlicher Intelligenz im IMCO-Ausschuss. Insgesamt hat sie im vergangenen Jahr an sieben Berichten zum Thema gearbeitet. Dabei hat sie die Position vertreten, dass Europa das erhebliche Potenzial neuer Technologien heben muss: durch Förderung von Forschung und Entwicklung, digitale Bildung und eine Regulierung, die Kleine und Mittlere Unternehmen sowie Startups unterstützt, statt sie zu behindern.

Im 2020 neu geschaffenen Sonderausschuss für Künstliche Intelligenz im Digitalen Zeitalter (AIDA) arbeitet Svenja Hahn als Koordinatorin der Renew Europe-Fraktion an gemeinsamen Positionen und Initiativen des Europäischen Parlaments zu KI. Sie setzt sich insbesondere für eine technologieoffene und innovationsfreundliche KI-Regulierung auf europäischer Ebene ein, die Bürger- und Menschenrechte garantiert. So stellt sie sich der

Überwachung des öffentlichen Raums durch biometrische Erkennungssoftware genauso entgegen wie automatischen Uploadfiltern. Svenja Hahn arbeitet zudem im Bereich der Handelspolitik und tritt für werte- und regelbasierten Freihandel als Chance für wirtschaftliche Perspektiven ein. So etwa im Rahmen des 2020 ratifizierten Freihandelsabkommens mit Vietnam, dessen Umsetzung sie als Mitglied der offiziellen interparlamentarischen Monitoring-Gruppe überprüft. Auch das Mercosur-Abkommen sowie das CETA-Abkommen mit Kanada und die Handelsverträge mit Australien und Neuseeland treibt Svenja Hahn als Mitglied im Ausschuss für internationalen Handel voran. Sehr kritisch begleitet sie den Ratifizierungsprozess des europäisch-chinesischen Investitionsabkommen CAI angesichts der systematischen Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang und Hongkong sowie der unfairen Handelspraktiken Chinas. Für das geplante europäische Lieferkettengesetz mahnt Svenja Hahn eine Gestaltung an, die es Unternehmen einfacher macht, ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht nachzukommen, statt nur Bürokratieaufwand zu schaffen. Sie setzt sich für das absolute Aus von Kinder- und Zwangsarbeit ein. Als Berichterstatterin zur Kreislaufwirtschaft vertritt sie die Prinzipien des verantwortungsvollen Wirtschaftens sowie der Sicherung intakter ökologischer und ökonomischer Grundlagen für kommende Generationen.

MdEP Andreas Glück setzt sich für die FDP als Mitglied des Ausschusses für Umwelt und öffentliche Gesundheit für eine Energiewende ein, die anstelle von Verboten auf Technologieoffenheit, Innovation und einen marktwirtschaftlichen Ansatz setzt. Intensiv arbeitet er an der richtigen Umsetzung des Europäischen Green Deals sowie des EU-Klimagesetzes mit. Mit dem Ablehnen der Parlamentsposition zum Entwurf des Klimagesetz unterstreicht Glück korrigierend die für die Liberalen unzureichende und unrealistische Politik zum Erreichen der

gesteckten Ziele und fordert konsequent statt immer höherer Reduktionsziele eine kluge Politik, die das Abwandern CO₂-intensiver Branchen verhindert, Technologien gegenüber offenbleibt und den Europäischen CO₂-Zertifikatehandel auf weitere Sektoren ausweitet. Für Wasserstoff als Treiber der Energiewende – weg von fossilen Brennstoffen hin zu alternativen Kraftstoffen – setzt sich Glück insbesondere im Rahmen der Europäischen Wasserstoff-Strategie ein.

Als Verhandlungsführer der Liberalen im Umweltausschuss setzte sich Glück mit erfolgreich eingebrachten Formulierungen zu technologie-offener und sektorenübergreifender Wasserstoffanwendung gegenüber Grünen und Sozialdemokraten durch. So fand nicht nur CO₂-neutral erzeugter Wasserstoff politische Akzeptanz, sondern auch Wasserstoff mit niedrigem CO₂-Fußabdruck. Mit der Hydrogen-Union verankert Glück erfolgreich die Anwendung von Wasserstoff im Mobilitätsbereich, explizit auch bei Kraftfahrzeugen, unterstreicht die Schlüsselrolle von kleinen und mittleren Unternehmen und setzt somit liberale Weichen für ein Wasserstoffzeitalter.

Als Arzt setzt er sich zudem zur Pandemiebekämpfung für die Stärkung der Europäischen Gesundheitsbehörden ein sowie einer Erhebung europaweit einheitlicher Daten. Um ein Moratorium der ursprünglichen Verschärfung der Medizinprodukteverordnung mit entsprechenden Folgen für Bürokratie zu erreichen, wirkte Andreas Glück als Verhandlungsführer erfolgreich auf die EU-Kommission ein, um diese kurzfristig auf Eis zu legen. Im Frühjahr 2020 forderte er die EU-Kommission auf, die Binnengrenzen der EU weiterhin für Stammzell- und Organspenden offen zu halten, um überlebenswichtigen Transport zu garantieren. Ferner verwies Glück bereits zu frühem Zeitpunkt auf die Notwendigkeit einer europaweit einheitlichen Corona-App für ein grenzübergreifendes Gesundheitsmanagement.

Als Mitglied im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres setzt sich **MdEP Moritz Körner** auseinander mit Grundrechtsverletzungen, Verbrechensbekämpfung auf europäischer Ebene und Rechtsstaatlichkeit, bei letzterem wirkte er maßgeblich an der Einführung eines Rechtsstaatsmechanismus mit. Als Verhandlungsführer der Fraktion konnte Körner mit Blick auf den künftigen EU-Haushalt verstärkt Akzente bei Forschung, Innovation, Digitalisierung und Klimaschutz erreichen, sowie am Prinzip Geld gegen Reform der Wiederaufbau-Fazilität Next Generation EU mitwirken. Im Rahmen der Gesetzesnovelle über digitale Dienste konnte sich Körner als Berichterstatter erfolgreich gegen einen Zwang zu Uploadfiltern einsetzen sowie für ein Label-System schädlicher Netzinhalte. In seiner Funktion als EU-China Delegationsmitglied fordert Körner stets mehr Standhaftigkeit gegenüber der unredlichen, zensurierenden Praxis chinesischer Datengiganten und im Gegenzug robuste Wahrung europäischer Datenschutzstandards.

MdEP Jan-Christoph Oetjen arbeitet als Vize-Vorsitzender des Ausschusses für Transport und Tourismus an einer zukunftsgerichteten, nachhaltigen und technologieoffenen Verkehrspolitik Europas, welche gleichzeitig den ländlichen Raum mitdenkt. Die Herausforderungen der Dekarbonisierung des Verkehrssektors, darunter die Regulierung der EU-Flottengrenzwerte (Euro 6 / Euro 7), die europäische Wasserstoffstrategie sowie die Gestaltung eines technologieoffenen, rechtssicheren Rahmens für alternative Kraftstoffe, sind dabei seine Schwerpunkte. Als Berichterstatter zum einheitlichen europäischen Luftraum befasst er sich zudem mit der Modernisierung des Luftverkehrsmanagements.

Als Mitglied des Innenausschusses arbeitet Jan-Christoph Oetjen an einer einheitlichen, solidarischen und geordneten europäischen Migrationspolitik und fordert zu dessen Umsetzung die Schaffung legaler Wege durch klare Verfahren zur Arbeitsmigration, die

Erhöhung der Resettlement-Kapazitäten sowie einen verbindlichen Solidaritätsmechanismus. Er verhandelt in seiner Rolle des Fraktions-Verhandlungsführers einen Legislativvorschlag zum Screening-Verfahren an den EU-Außengrenzen. Erfolgreich verhandelte Jan-Christoph Oetjen als Berichterstatter des Europäischen Parlaments ein Gesetz zu Statistiken über Wanderung und internationalen Schutz: 2021 werden so erstmals europaweit vergleichbare Statistiken zu Migration und Asyl erhoben. Außerdem konnte Jan-Christoph Oetjen mit einem Änderungsantrag zum EU-Haushalt einen entscheidenden Richtungswechsel einleiten. Das Europäische Parlament unterstützt die Einrichtung eines europäischen Fonds für Seenotrettung und dessen Übertragung in staatliche Hände, damit die Rettung von in Seenot geratenen Menschen vor den europäischen Küsten nicht abhängig von privat organisierten Rettungsaktionen ist.

Mit Auge auf die Stärkung einer neuen EU-Afrika-Politik, setzt sich Jan-Christoph Oetjen als Mitglied des Entwicklungsausschusses und als Mitglied der Versammlung der Europäischen Union und den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP) für die Umsetzung nachhaltiger Entwicklungspolitik ein. Geleitet wird er dabei vom Prinzip des Multilateralismus sowie von Menschenrechten, Good Governance und das Erfüllen der globalen Ziele der Vereinten Nationen. Beispielsweise verhandelte er auf internationaler Ebene einen Bericht zur Stärkung der Verfassungstreue und von Menschen- und Bürgerrechten.

Jan-Christoph Oetjen engagiert sich sehr intensiv für die Bekämpfung von Menschenrechtsverletzungen. Als Autor und Verhandler von Dringlichkeits-Entschlüssen des Europäischen Parlaments zu Ägypten, Äthiopien und Mosambik lenkte er die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf dringliche Menschenrechtsverstöße und appellierte konstruktiv an die Verantwortlichen die Situation umgehend zu verbessern. Der Schutz der Schwächsten ist ihm dabei ein besonderes Anliegen.

Liberaler Parteiservice

Vorsitzender des LiPS-Beirates:
Michael Zimmermann

Geschäftsführender Koordinator:
Robert Unkelhüsser

Der Liberale Parteiservice ist eine Arbeitseinheit der Bundespartei und aller Landesverbände, um die Dienstleistungsfähigkeit der Partei durch größere Kooperation zwischen den Landesverbänden, durch Verlagerung von organisatorischen Aufgaben und durch Schaffung eines gemeinsamen Angebots für zentrale Dienstleistungen zu stärken. Bei der Gründung des Liberalen Parteiservice (LiPS) im Jahr 1999 stand die Einführung der EDV-Neuausstattung bzw. der Verbund der Landesverbände im Fokus, der sicherstellt, dass alle Landesgeschäftsstellen immer auf demselben technischen Niveau arbeiten und vernetzt sind.

Neben dem Schwerpunkt eines gemeinsamen EDV-Verwaltungsnetzes von Bundespartei und Landesverbänden ist ein weiterer Schwerpunkt des LiPS, der je zur Hälfte von der Bundespartei und den Landesverbänden getragen wird, die Verarbeitung der Buchhaltungsunterlagen und der Rechenschaftslegung für die Gliederungen der Partei.

Weiterhin steht der Liberale Parteiservice sowohl für Organisationsdienstleistungen, als auch für Schiedsgerichts- und Satzungsfragen, Wahlaufstellungsversammlungen sowie verstärkt seit Mai 2018 zu Fragen zur Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) sowie dem Medienrecht den nachgeordneten Gliederungen beratend zur Verfügung.

Im Buchungszentrum Bonn werden alle Buchhaltungsunterlagen der rechenschaftspflichtigen Untergliederungen verbucht und fließen dann in den konsolidierten Gesamtrechenschaftsbericht der Gesamtpartei ein, den die Partei jedes Jahr zum 30. September beim Präsidenten des

Deutschen Bundestages einreicht und der als Grundlage für die Auszahlung der staatlichen Parteienfinanzierung dient. Dabei wird das Angebotsspektrum stetig gemäß den technischen Erneuerungen angepasst und weiterentwickelt. Der Liberale Parteiservice unterstützt die nachgeordneten Gliederungen bei ihrer Beitragsverwaltung. Für die Teilnehmer am freiwilligen zentralen Beitragseinzug, übernimmt der LiPS die technische Umsetzung der Beiträge (Mandatsträgerbeiträge) von Mitgliedern (Mandatsträgern) für Kreis- und Ortsverbände sowie Landesverbände. Dabei werden Beitragsrechnungen verschickt und der Einzug administriert. Neben einer schnelleren Verbuchung ist festzustellen, dass die teilnehmenden Gliederungen ihr Beitragsaufkommen hierdurch nachhaltig verbessern und steigern konnten.

Gemeinsam mit der Einführung des Buchungssystems wurde den Gliederungen ermöglicht, die Auswertungen über das sogenannte Funktionsträger-Portal zu erstellen. Unter steter Weiterentwicklung können alle Gliederungen den Datenbestand ihrer Mitglieder und Interessenten pflegen und Einsicht in ihre verbuchten Unterlagen nehmen sowie auch auf ihre verbuchten Belege zugreifen. In diesem Zusammenhang bietet der LiPS regelmäßig Schulungen vor Ort im Rahmen von Landesparteitagen und Schatzmeisterkonferenzen an.

Des Weiteren standen folgende Themen im Mittelpunkt:

- Erstellung von Beitrags- und Spendenquittungen
- Beratung in Haushalts- und Finanzfragen
- Wahlkampfunterstützung für Landesverbände
- Betreuung in den Bereichen Satzung, Schiedsgerichtsbarkeit und Parteirechtsfragen, Datenschutz- und Medienrecht.

BFA Internationale Politik

Vorsitz: Michael Georg Link

Der BFA Internationale Politik hat in der Zeit von 2019 bis April 2021 mit seinen engagierten und profilierten Mitgliedern und unter dem Vorsitz von Michael Georg Link MdB den inhaltlichen Austausch mit Experten aus Wissenschaft und



Michael Georg Link MdB

Politik gesucht und bestehende Netzwerke der Partei im deutschen, europäischen und internationalen Raum gepflegt. So konnte er die Beschlusslage der Partei mit zahlreichen angenommenen Bundesvorstandsvorlagen und den Bundestagswahlprogrammprozess inhaltlich bereichern sowie zahlreiche Fachanträge erarbeiten, um der Partei vertiefende Positionen zu internationalen und europäischen Herausforderungen an die Hand zu geben. Dafür traf er sich fünfmal im großen Plenum als BFA Internationale Politik und vertiefend in seinen vier Fachgruppen Europa, Entwicklungspolitik, Sicherheit/Verteidigung und Außen/Menschenrechte. Während die angedachte Sitzung des BFA in Brüssel leider aufgrund der Coronapandemie verschoben werden musste, eröffnet der neue digitale Tagungsraum des BFA Internationale Politik auch die Möglichkeit für kurzfristige und ergänzende Treffen des BFA-Vorstandes und der vier Fachgruppen, die davon zahlreich Gebrauch gemacht haben.

Sitzung BFA Internationale Politik am 15./16. März 2019 in Berlin

Dr. Werner Hoyer, Präsident der Europäischen Investitionsbank, hält nach der Darstellung zur Struktur, Arbeit, Größe und Instrumenten der EIB ein flammendes Plädoyer für Europa. Dabei arbeitet er die Herausforderungen u.a. durch China heraus und mahnt, Europa als Antwort und Schutz für unser Wertesystem und unseren Wohlstand zu bewahren, aber auch zu stärken und zu reformieren. Gunnar Wiegand, Exekutivdirektor für Asien und den Pazifik beim Europäischen Auswärtigen Dienst referiert ebenfalls zu den Herausforderungen durch China und stellt dabei die druckfrische Mitteilung der Kommission „EU-China – strategische Perspektiven“ mit zehn konkreten Maßnahmen vor. Aus der Bundestagsfraktion informieren die AG-Vorsitzenden Verteidigung, Entwicklung und Europa (Marie-Agnes Strack-Zimmermann MdB, Dr. Christoph Hoffmann MdB sowie Michael Link MdB) zur aktuellen Arbeit der Bundestagsfraktion im Bereich des BFA. Alexander Graf Lambsdorff MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises IV der BTF, ergänzt und berichtet u.a. zur strategischen und inhaltlichen Zusammenarbeit mit Macron und mit La République En Marche. Dr. René Klaff wird einstimmig als neuer Vorsitzender der Fachgruppe Außen und Menschenrechte durch das Plenum des BFA Internationales bestätigt.

Weitere bearbeitete Themen im Plenum und in den Fachgruppen:

Die Auswirkungen der Brexit-Hängepartie auf die Legitimation der Europawahlen, die Folgen für den EU-Haushalt und den kommenden MFR 2021 - 2027, die Beziehung zur Türkei, die angemessene Finanzierung und Ausrüstung der Bundeswehr, Fragen der Rüstungsausfuhr, anstehende Mandatsverlängerungen, Westbalkan, sowie die Anträge „Nachhaltige Entwicklung durch einen freien und fairen Welthandel – Multilateralismus stärken“, „Digitalisierung und innovative Technologien für eine Entwicklungs-

politik 2.0“, „Eskalation der Gewalt beenden, neue Stabilität herstellen, Perspektiven schaffen – Konfliktregelungsansätze für den Nahen Osten“, „Vertragstreue durchsetzen, Rechtsstaatlichkeit einfordern, Zusammenarbeit stärken – Strategie zum Umgang mit Iran“, „Herausforderungen begegnen, Chancen nutzen – freidemokratische Leitlinien für den Umgang mit China“, „Menschenrechtsschutz im digitalen Raum“, „Europäischer, wirksamer und vernetzter: Nachrichtendienste als wichtige Akteure unserer Außen- und Sicherheitspolitik“, „Die Bundeswehr gehört in die Mitte der Gesellschaft: 10 Forderungen zur Stärkung des „Staatsbürgers in Uniform“ sowie „Pressefreiheit in Europa sichern – Keine Einschränkungen für die Medien dulden.“

Konstituierende Sitzung des neuen BFA Internationale Politik am 31. Januar/ 1. Februar 2020 in Berlin

Vorsitzender Michael Link MdB gibt einen kurzen Rückblick auf die organisatorische und programmatische Arbeit des alten BFA, wobei alle offenen Aufträge und Anträge unter dem alten Bundesvorstand beschlossen bzw. abgearbeitet werden konnten. Ein Schwerpunkt der programmatischen Arbeit des neuen BFA Internationale Politik wird die Mit- und Zuarbeit zum Bundestagswahlprogramm sein. Der neue BFA diskutiert und bestätigt die bisherige Arbeitsweise und Aufteilung des BFA Internationale Politik mit vier Fachgruppen Europa, Entwicklungspolitik, Sicherheit/Verteidigung und Außen/Menschenrechte sowie der Wahl von vier stellvertretenden Vorsitzenden. Auch an der gemeinsamen Arbeitsgruppe mit dem BFA Wirtschaft und Energie, die von Seiten des BFA Internationale Politik von Gudrun Kopp geführt wird, will der BFA festhalten.

Der BFA setzt sich zusammen aus dem wiedergewählten Vorsitzenden Michael Link MdB, vier gewählten Stellvertretern (Gudrun Kopp, Marina Schuster, Holger Flöge und Wolf

Achim Wiegand), nominierten Mitgliedern der Landesverbände, zehn gewählten Experten (Dirk Backen, Dr. Markus Faber MdB, Julian Jakob, Dr. Christian Kannwischer, Dr. Hans Krech, Dace L. Lutere-Thümmel, Cécile Prinzbach, Dr. Andreas Schaumayer, Hans-Joachim Schubert, Dr. Christian Weber) sowie Vertretern der Fraktionen, der Bundesgeschäftsstelle, FNF und Behörden sowie einigen wenigen ständigen Gästen und einer ehrenamtlichen Geschäftsführerin (Frau Junker). Der BFA wählt als Vorsitzende der vier Fachgruppen Dr. René Klaff/FG Außenpolitik und Menschenrechte; Prof. Dr. Frank Hoffmeister/FG Europa; Christian Blume/FG Sicherheit und Verteidigung und Daniela Zehentner-Capell/FG Entwicklungspolitik.

Inhaltlich tauscht sich der BFA mit Nicola Beer MdEP und Vizepräsidentin des Europäischen Parlamentes zur Arbeit und Rolle der FDP und RENEW im Europäischen Parlament aus. Nicola Beer MdEP informiert über den Leitbildprozess, die strategische Europakoordinierung und aktuelle Schwerpunktthemen der FDP-Delegation. Prof. Dr. Volker Perthes, Direktor Stiftung Wissenschaft und Politik, unterrichtet den BFA zu aktuellen internationalen Herausforderungen und arbeitet dabei zwei aktuelle Leitparadigmen der internationalen Beziehungen heraus: „Die strategische Rivalität zwischen den USA und China“ und den „ungeheuren Druck auf die normativen Fundamente liberaler oder auch allgemein regelbasierter Ordnungen.“ Gudrun Kopp stellt den Stand der Erarbeitung und die Zielsetzung des gemeinsamen Antrags mit dem BFA Wirtschaft und Energie zu einer China-Asien-Strategie vor.

Weitere bearbeitete Themen im Plenum und in den Fachgruppen:

Aktuelle Entwicklungen in Russland, dem Nahen Osten, dem Iran und dem Irak, die innenpolitische Entwicklung der USA und die Rolle Europas in der internationalen

Politik. Themenstellung und Struktur der „Konferenz zur Zukunft der Europäischen Union“, weitere Stärkung des Binnenmarkts, technologieoffene Lösungen beim Klimaschutz, Asyl und Migration, der Mehrjährige Finanzrahmen 2021 - 2027, Europäische Armee, Europa im globalen Wettbewerb, Einsatzfähigkeit der Bundeswehr, Mali, Sahel, Libyen, vernetzter Ansatz, Klimaschutz und Bilanz EZ 2030, Ernährungssicherheit und Demographie und die Anträge „Freiheit verpflichtet: Menschenrechtliche Sorgfalt schafft eine verantwortungsbewusste Zukunft“, „Multilateralismus auf den Punkt gebracht – Fünf liberale Forderungen für eine regelbasierte Weltordnung“, „Fünf Jahre Agenda 2030 – weder nachhaltig und koordiniert noch planmäßig umgesetzt“, „Die globale Zukunft demokratischer und sicherer gestalten – 10 liberale Forderungen für eine neue strategische Kooperation mit der Region Asien-Pazifik“.

Digitale Sitzung BFA Internationale Politik am 13. Juni 2020

Der BFA informiert sich zur Einsetzung der Programmkommission für die Erarbeitung des Bundestagswahlprogramms und strebt einen engen Austausch mit der Programmarbeitsgruppe EUROPA zur Erarbeitung des internationalen Teils des Wahlprogramms an. Inhaltlich führt der BFA zudem eine Generalausprache mit Alexander Graf Lambsdorff MdB zur politischen Lage und zu aktuellen Fragen der europäischen und internationalen Politik. Agnes Strack-Zimmermann MdB vertieft zum Thema Bundeswehr, deren finanzielle und materielle Ausstattung sowie deren Rolle u.a. in der Coronakrise. Zudem finden in den Facharbeitsgruppen Europa, Außenpolitik & Menschenrechte, Sicherheit & Verteidigung und Entwicklungspolitik die Planung und inhaltliche Beratung offener und neuer Anträge sowie die Sichtung bestehender Module für den Wahlprogrammprozess statt.

Weitere bearbeitete Themen im Plenum und in den Fachgruppen:

EU-Ratspräsidentschaft und der Vorsitz im UN-Sicherheitsrat, die schwelenden BREXIT-Fragen, der MFR 2021-2027, die Frage der finanziellen Ausstattung, der Konditionalität und strukturellen Ausgestaltung des EU-Wiederaufbauprogramms NEXT-Generation EU, die Rolle der EIB und des ESM, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Staatsanleihekaufprogramm (PSPP) der EZB, die transatlantischen Beziehungen, die US-Wahlen im November, die Erosion der Rüstungskontrolle und die Positionierung gegenüber dem Systemwettbewerber China, Beschaffungspolitik der Bundeswehr und deren Digitalisierung, Cyber-Resilienz, Covid und Afrika, BMZ 2030, Lieferkettengesetz, Post-Cotonou und die Anträge „Multilateralismus auf den Punkt gebracht – Fünf liberale Forderungen für eine regelbasierte Weltordnung“ und „Für eine ambitionierte Konferenz zur Zukunft Europas“.

Digitale Sitzung BFA Internationale Politik am 12. Dezember 2020

Dr. Stefan Mair stellt sich als neuer Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik vor und präsentiert eine Tour d'Horizon aktueller internationaler Herausforderungen, die durch die Corona-Pandemie zusätzlich verschärft würden. Des Weiteren skizziert er die Verstärkung der Multipolarität gepaart mit Großmacht-Rivalitäten und geht dabei u.a. auf das USA-China-Verhältnis ein. Zudem diskutiert der BFA mit ihm auch Fragen zur europäischen Souveränität sowie die Relevanz verschiedener multilateraler Foren und Organisationen. Zu aktuellen Themen im Europäischen Parlament berichtet Nicola Beer MdEP, u.a. zu den inhaltlichen Schwerpunkten des MFR 2021 – 2027, der EU-Zukunftskonferenz und zur Rechtsstaatsstaatskonditionalität. Mit Alexander Graf Lambsdorff MdB und Michael Link MdB diskutiert der BFA u.a. den Ausgang der USA-Präsidentschaftswahl und die Hoffnung auf die

Belegung der Transatlantischen Partnerschaft, die auch bei der neuen Administration mit gesteigerten Erwartungen an die deutschen und europäischen Partner verbunden sei. Im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem BFA Wirtschaft und Energie vertieft sich der BFA mit einem interessanten Vortrag von Karl-Heinz Wostbrock in das Thema Wasserstoff und die Handlungsfelder für die Bundesrepublik und die EU. Zudem tauscht sich der BFA mit dem neuen Generalsekretär Dr. Volker Wissing MdL zur aktuellen Lage der FDP und zum Stand der Erarbeitung des Bundestagswahlprogramms aus. Dem geht eine klare proeuropäische Standortbestimmung Dr. Wissings voraus. Danach folgt eine intensive Sichtung des Wahlprogrammwerfs mit zahlreichen Änderungs- und Ergänzungsvorschlägen an den Modulen in den Facharbeitsgruppen.

Weitere bearbeitete Themen im Plenum und in den Fachgruppen:

WTO, zukünftige Zusammenarbeit der EU mit UK in Sicherheitsfragen, die Frage nach einem Europäischen Sicherheitsrat, Ungarn, Taiwan, Menschenrechtslage in Hongkong, Nord Stream 2, Energiebinnenmarkt, EU-Eigenmittelbeschluss, EU-Aufbaufazilität Next-Generation EU, Entwicklungsfinanzierung, weltweite Covid-Impfstoffverteilung, Lieferkettengesetz sowie der Antrag „Höher, schneller, digitaler: Für eine liberale Reform des Beschaffungswesens der Bundeswehr.“

Digitale Sitzung BFA Internationale Politik am 20. März 2021

Der BFA diskutiert nach einem spannenden Impulsvortrag durch Gerhard Schindler, Präsident des Bundesnachrichtendienstes a.D., die Schwerpunkte und Herausforderungen deutscher und europäischer Sicherheitspolitik. Neben Fragen zu Sicherheitsstrategien und Sicherheitsarchitektur in Deutschland und Europa werden konkrete regionale Konflikte und Gefahren analysiert und die

Zusammenarbeit der deutschen Dienste untereinander sowie mit europäischen und internationalen Verbündeten thematisiert. Daran schließen sich die Kurzberichte aus der aktuellen parlamentarischen Arbeit der Bundestagsfraktion durch Alexander Graf Lambsdorff MdB sowie einer Reihe weiterer MdBs des Arbeitskreises IV an, auf denen aufbauend u.a. Fragen zur deutschen und europäischen Positionierung im Umgang mit den USA, China und Russland, zum EU-Aufbauinstrument Next-Generation EU, zur Ratifizierung des EU-Eigenmittelbeschlusses und zur EU-Zukunftskonferenz vertieft werden. Nicola Beer MdEP spricht zur Beratung der Programmkommission im Allgemeinen und der Programmarbeitsgruppe EUROPA im Speziellen mit A- und B-Modulen. Der BFA diskutiert über das nicht leicht aufzulösende Spannungsverhältnis zwischen fachlicher Detailtiefe und Differenziertheit insbesondere in der internationalen Politik und der kompakten Übersichtlichkeit und Verständlichkeit eines Wahlprogramms. Die Fachgruppen kündigen nach der Sichtung des aktuellen Stands des Wahlprogrammwerfs noch die Erarbeitung einiger Änderungsanträge des BFA für den Bundesparteitag an.

Weitere bearbeitete Themen im Plenum und in den Fachgruppen:

Verfasstheit und Ausstattung der Dienste, Kontrolle der Nachrichtendienste, Cybersabotage, USA-China Konflikt, Russland, Iran, Indien, Piratentätigkeit im Golf von Guinea, Nord Stream 2, europäische Impfkarte, Grenzsicherungen, Vernetzter Ansatz, Kohärenz und Koordinierung im „auswärtigen Handeln“ der Bundesregierung, Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten, neue Handelsstrategie der EU, Direktwahlakt sowie der Antrag „Höher, schneller, digitaler: Für eine liberale Reform des Beschaffungswesens der Bundeswehr.“

BFA Bau und Wohnen

Vorsitz: Sebastian Körber

Der Bundesfachausschuss „Bau und Wohnen“ konnte in der vergangenen Amtszeit am **28./29.06.2019** in der FDP-Geschäftsstelle in Hamburg, am **08./09.11.2019** im denkmalgeschützten Logenhaus der Bamberger Freimaurerloge und am **28./29.02.2020** im historischen Frankfurter Rathaus in Präsenztagen.

Am **11.07.2020** und **26./27.02.2021** erfolgten rein virtuelle Sitzungen und am **16./17.10.2020** eine hybride Sitzung in Berlin.



Als Vorsitzender wurde Sebastian Körber unterstützt von den stellvertretenden Vorsitzenden Wolfgang Oepen und Wolfgang Züll. Unsere gewählten und entsendeten Delegierten wurden ferner von einem Dutzend gewählten Experten und Gästen unterstützt.

Im Juni 2019 in Hamburg lag der Schwerpunkt auf „Handelsimmobilien, Innenstadt und Einkaufen in der Zukunft“ mit einem Impulsvortrag von Dr. Röttgers von ECE. Dieser wurde bei der nächsten Sitzung im November 2019 von einem Beitrag des Bamberger Stadtmarketinggeschäftsführers Klaus Stieringer, einen der führenden Experten für Innenstadtentwicklung, perfekt ergänzt.

In Frankfurt konnte sich das liberale Expertengremium über Stadtentwicklung und -Rekonstruktion anhand des Projekts „Römer“ informieren, inklusive einer damit korrespondierenden Stadtführung von Rolf Würz. In Berlin im Oktober 2020 stellte uns Professor Mönninger die Geschichte und Entwicklung der „Deutschen Heimat“ vor.

Inhaltliche waren die Zusammenkünfte geprägt von jeweils einer aktuellen politischen Stunde zu Beginn der Sitzung, Bearbeitung der an den BFA vom Bundesparteitag verwiesenen Anträge und folgenden Schwerpunktthemen: „Denkmalschutz“, „Ländliche Räume“, „Öffentlicher Raum“, „Sammlung Vorschläge zum Bürokratieabbau und Baukostenreduzierung“, „Echte und falsche Nachhaltigkeit im Baubereich“, „Stadt- und Landesentwicklung unter dem Gesichtspunkt der Mobilität“, „WEG“, „GEG“, „Auswirkungen von Corona für die Bau- und Immobilienbranche“, „Ideensammlung Themen für Bundestagswahlprogramm“, „Baulandmobilisierungsgesetz“ und „Wohneigentumsförderung“.

BFA Wirtschaft und Energie

Vorsitz: Dr. Andreas Reichel

Dem Bundesfachausschuss Wirtschaft und Energie wird von Dr. Andreas Reichel als Vorsitzender geführt. Stellvertretende Vorsitzende sind Prof. Dr. Peter Altmiks, Michael vom Baur und Thomas Sattelberger.

Folgende Unterausschüsse wurden eingesetzt: UA Wettbewerb und Ordnungspolitik (Vorsitz: Volker Thiel), UA Energie (Vorsitz: Michael vom Baur), UA Technologietransfer und Innovation (Vorsitz: Dr. Gerhard Hansen), UA Wirtschaft und Ethik (Vorsitz: Gerhard Dieterle) sowie UA Tourismus (Vorsitz: Thomas Philipp Reiter).

Derzeit finden drei Sitzungen jährlich statt. Die Tagungen finden regelmäßig bei Verbänden oder Unternehmen statt, die in die aktuelle politische Diskussion eingebunden werden. Während der Pandemie werden die Sitzungen entweder hybrid oder komplett online durchgeführt.

Am 29. und 30. März 2019 tagte der BFA in Cottbus bei der LEAG. Im Mittelpunkt standen die Auswirkungen und die Herausforderungen des Kohleausstiegs. Peter Kopf, Präsident der IHK Cottbus, hielt einen Vortrag über den Strukturwandel in der Lausitz, über den anschließend angeregt diskutiert wurde. Das Papier „Liberale Grundsätze und Forderungen für eine digitalisierte Lebenswelt“ wurde zum Bundesparteitag eingebracht. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit dem BFA Internationale Politik wurde eingerichtet. Der Antrag zur „Liberalen Energiepolitik“ wurde verabschiedet und zum folgenden Bundesparteitag eingereicht.

Am 20. und 21. September 2019 fand die Sitzung bei der Jenaer Antriebstechnik GmbH in Jena statt und war in den Thüringer Landtagswahlkampf einbezogen. Insbesondere die Probleme und Herausforderungen mittelständischer Unternehmen standen im Vordergrund. Nicolai von Schoepff, Botschafter im Baltikum, Auswärtiges Amt, referierte über „Liberale Außenwirtschaftspolitik“.

Der Vortrag von Michael Kastner über „Arbeitspsychologische Aspekte der Digitalisierung“ wurde intensiv diskutiert. Kastner vertritt die These, dass es eine Diskrepanz zwischen der exponentiellen Entwicklung der Technologie und der analogen Entwicklung des Menschen gebe. Der vom Bundesparteitag an den BFA verwiesene Antrag A 205 „Keine Industriepolitik französischer Art“ wird (als erledigt) abgelehnt, die Anträge A 206 „Für mehr Wettbewerb im Handwerk“ und A 606 „Sprung ins Web 3.0 als Chance nutzen“ werden angenommen. Das mit dem BFA Umwelt gemeinsam erstellte Positionspapier „Eckpunkte liberaler Klimapolitik“ wird beschlossen und an den Bundesvorstand weitergeleitet. Der BFA unterstützt den überarbeiteten Antrag „Welthandel“ des BFA Internationale Politik unter Einbezug des sukzessiven Wegfalls der Agrarsubventionen.

Am 17. und 18. Januar 2020 konstituierte sich der BFA bei der Deutschen Börse in Berlin neu. Es wurden die gleichen stellvertretenden Vorsitzenden gewählt (siehe oben). Niels Tomm stellte die Deutsche Börse vor. In der anschließenden Diskussion wurden die Aktienkultur in Deutschland und die verbleibenden Fusionspläne bzw. -möglichkeiten für die Deutsche Börse angesprochen. Im Mittelpunkt stand der Impulsvortrag „Finanzierung von schnell wachsenden Unternehmen und Förderung von DeepTech-Startups“ von Thomas Oehl, Managing Partner bei Vito Ventures und Bundesverband Deutsche Startups e.V. Gerd Willi Stürz, Managing Partner, Ernst & Young, stellte die Studie „Standort Deutschland 2019“ vor.

Der BFA tagte am 22. August 2020 in Berlin. Der Leitantrag zum kommenden Bundesparteitag findet die grundsätzliche Zustimmung des BFAs mit einigen Änderungen und Ergänzungen. Der Antrag „Liberale Industriestrategie“ wird beraten, beschlossen und an den Bundesvorstand weitergereicht. Zum Bundestagswahlprogramm 2021 werden

Module zu den Themen Wirtschaft und Energie, Künstliche Intelligenz, Innovation und Einzelhandel/Innenstädte verfasst und bei der Programmkommission eingereicht.

Am 31. Oktober 2020 tagte der BFA im deutschen Bundestag. Steven Hermeling, Deutsche Arbeitgeber- und Mitglieder-gesellschaft Sport- und Fitnessbetriebe, berichtete über die aktuelle Situation der Sport- und Fitnessbranche vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie. Der BFA beschließt das Positionspapier zur Neuvermessung der Sozialen Marktwirtschaft und das Positionspapier zur Energiewende und zur Rolle der Wasserstoffwirtschaft, welche anschließend beim Bundesvorstand eingereicht werden.

Die letzte Sitzung des BFA vor diesem Bericht fand am 19. und 20. März 2021 online statt. Die Sitzung begann mit einem Impulsreferat zur Wirtschaftspolitik von Harald Christ, dem Bundesschatzmeister der FDP. Anschließend referierte Daniel Zimmer, geschäftsführender Direktor des Instituts für Handels- und Wirtschaftsrecht und des Center for Advanced Studies in Law and

Economics (CASTLE) der Universität Bonn, über die Regulierung von Algorithmen und künstlicher Intelligenz. Am Samstag stand der Themenschwerpunkt Maritime Wirtschaft mit Kurzvorträgen von MdB Hagen Reinhold, Sprecher für die maritime Wirtschaft, Dr. Reinhard Lüken, Hauptgeschäftsführer des Verbandes für Schiffbau und Meerestechnik, und Ralf Nagel, geschäftsführendes Präsidiumsmitglied, Verband deutscher Reeder, auf dem Programm. Zur Vorbereitung des Bundesparteitags gab MdB Michael Theurer einen Überblick über den derzeitigen Stand des Bundestagswahlprogramms. Es wurde vereinbart, dass in der Diskussion herausgearbeitete Anregungen insbesondere zu den vorliegenden Energiemodulen gemeinsam mit dem HDGH besprochen und möglichst noch eingefügt werden.

Die nächsten BFA-Sitzungen finden am 25. und 26. Juni sowie am 5./6. November oder alternativ am 12. und 13. November 2021 statt.

BFA Finanzen, Steuern und Haushalt

Vorsitz: Dr. Volker Wissing

Die Arbeit des Bundesfachausschusses (BFA) Finanzen, Steuern und Haushalt im Berichtszeitraum 2019 – 2021 ist beginnend mit dem März 2020 maßgeblich durch die Pandemie beeinflusst, in Teilen auch beeinträchtigt worden. Der hiesige BFA hat im Jahr 2019 zweimal in Präsenz getagt:

- am 8./9. Februar 2019 in Berlin im Haus der Deutschen Wirtschaft beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) e.V.
- am 8./9. November 2019 in Berlin beim Zentralen Immobilienausschuss (ZIA)

Durchschnittlich haben jeweils zwischen ca. 30 bis ca. 50 Personen an den Präsenzsitzungen teilgenommen. Die im vorangegangenen Berichtszeitraum betriebene Verzahnung mit dem Arbeitskreis V (AK V) „Politik, die rechnen kann“ der FDPBT-Fraktion ist weiter gestärkt worden.

Aus Rücksicht auf die Gesundheit der BFA-Mitglieder tagt der BFA seit 2020 rein virtuell und nutzt hierfür die vom Hans-Dietrich Genscher-Haus (HDGH) dankenswerterweise zur Verfügung gestellte Videokonferenztechnik.

- Die für den 27./28. März 2020 vorgesehene Präsenzsitzung musste wegen der pandemischen Lage abgesagt werden.
- Am 11. Juli 2020 fand eine Videokonferenz zu den Schwerpunktthemen Eurozone und Bankenunion statt.
- Am 13. August 2020 fand eine Videokonferenz zur aktuellen Steuerpolitik statt.
- Am 5. September 2020 fand eine Videokonferenz zu dem Schwerpunktthema Altersvorsorge statt.

- Am 5. Oktober 2020 fand eine 1. Informationsveranstaltung via Videokonferenz zur Einsetzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) Wirecard statt.
- Am 16. Oktober 2020 fand eine Videokonferenz zur aktuellen Haushaltspolitik statt.
- Am 7. Dezember 2020 erfolgte via virtuellem Umlauf-/Beteiligungsverfahren eine Befassung des BFA zur sog. zweiten Phase zur Erstellung des Wahlprogramms.
- Am 1. April 2021 fand eine 2. Informationsveranstaltung zum PUA Wirecard statt.
- Am 7. April 2021 fand eine Videokonferenz zur aktuellen Steuerpolitik statt.
- Am 8. April 2021 fand eine Videokonferenz zur aktuellen Haushaltspolitik statt.

Regelmäßig berichteten die in der AG Finanzen bzw. AG Haushalt beheimateten Abgeordneten des Deutschen Bundestages zu den tagesaktuellen politischen Initiativen der Bundestagsfraktion sowie zu den Vorhaben der Bundesregierung.

Die Mitgliederstruktur im BFA ist alterstechnisch breit gestreut und ausgewogen. Erfreulich ist weiterhin, dass die hiesigen Mitglieder aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeiten profunde Einblicke in den Unternehmensalltag von Banken, Europäischer Zentralbank, Wirtschaftsprüfern, Steuerberatern etc. gewährleisten können und dies in die fachliche Arbeit des Ausschusses einfließt.

Des Weiteren konnte der regelmäßige Austausch, insbesondere mit der Betriebsgruppe der Liberalen im Bundesministerium der Finanzen (BMF) intensiviert werden. Dies schließt zudem auch nachgeordnete

Geschäftsbereichsbehörden wie etwa die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) ein. Die Mitgliederzahl in der Betriebsgruppe der Liberalen im BMF ist weiter stabil. Damit ist der BFA nach hiesiger Ansicht personell weiterhin hervorragend aufgestellt. Beginnend in 2019, aber insbesondere seit dem Sommer 2020, hat sich der BFA intensiv mit der Erstellung eines Entwurfs für das Wahlprogramm #2021 beschäftigt und in einem bisher nie dagewesenen Umfang dem HDGH inhaltliche Empfehlungen zugeliefert. Hervorzuheben ist im Berichtszeitraum ferner die BFA-übergreifende Zusammenarbeit zwischen dem BFA Arbeit und Soziales sowie dem hiesigen BFA zum Thema Altersvorsorge. Das Ergebnis dieser BFA-übergreifenden Zusammenarbeit ist ebenfalls im Sommer 2020 dem HDGH als Zulieferung zum Wahlprogramm übermittelt worden.

Unter den Gegebenheiten der Pandemie ist die Kommunikation und textliche Arbeit weitestgehend auf die Plattform des BFA auf meine-freiheit.de umgestellt worden. Der Intranet-Auftritt des BFA ist mit eigenen Board-Mitteln maßgeblich durch den Stellvertretenden Vorsitzenden Philipp Iza Schilling vollständig angelegt und strukturiert worden. Auch jede Arbeitsgemeinschaft verfügt über einen eigenen Bereich.

A. Inhaltliche Schwerpunkte der Sitzungen

Die nachfolgende Darstellung beschränkt sich auf die Sitzungen bzw. Videokonferenzen mit allen BFA-Teilnehmern. Auf eine Darstellung aller Sitzungen und insbesondere Videokonferenzen der einzelnen AGs oder sonstigen Gremien des BFAs wird verzichtet.

I. Sitzung am 8./9. Februar 2019

Katja Hessel, MdB berichtete zur steuerpolitischen, Karsten Klein, MdB zur haushaltspolitischen Arbeit der FDPBT-Fraktion.

Die o. g. Sitzung beschäftigte sich insbesondere mit den finanziellen Auswirkungen des Brexit auf Europa und Deutschland. Intensiv wurde auch die Umsetzung der sog. DAC 6-Richtlinie mit ihrer Einführung einer Anzeigepflicht von grenzüberschreitenden Steuergestaltungen sowie die Reform der Grundsteuer diskutiert. BFA und BDI betonten zudem die Notwendigkeit, in Deutschland ein modernes Unternehmensteuerrecht zu implementieren. Zur Eurozone sprach sich der BFA für ein Bekenntnis zur Gemeinschaftswährung aus, betonte aber zugleich die Erforderlichkeit von Korrekturen im bestehenden Regelwerk.

II. Sitzung am 8./9. November 2019

Die o. g. Sitzung fand unter dem Eindruck des 30jährigen Jubiläums des Mauerfalls statt. Inhaltlich dominierten Themen wie (erneut) die Reform der Grundsteuer, die seitens der Bundesregierung beabsichtigte, grunderwerbsteuerliche Besteuerung von sog. Share Deals sowie die Schlussberatungen des Bundeshaushalts 2020. Die MdBs Dr. Florian Toncar, Christoph Meyer und Markus Herbrand führten hierzu die Position der FDPBT-Fraktion näher aus.

In der Diskussion im BFA nahm die Bewertung der Niedrigzinspolitik eine wichtige Rolle ein. Die Berliner Vertreterin berichtete darüber hinaus zum Berliner Mietendeckel. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Nachhaltigkeit und deren Umsetzung durch finanzpolitische Maßnahmen. Vorgestellt wurden ferner die Überlegungen für eine Unternehmensteuerreform. Dabei stand u.a. eine Verbesserung der Thesaurierungsbesteuerung nach § 34a EStG im Mittelpunkt.

III. Videokonferenz am 11. Juli 2020

Die Videokonferenz zur europäischen Finanz- und Währungspolitik diente im Wesentlichen der Vorbereitung der umfassenden Zulieferung

des BFA zur 1. Phase des Entwurfs für ein Wahlprogramm #2021. Drei unter dem AG-Vorsitzenden Dr. Michael Wolgast erarbeitete Papiere für einen leistungsstarken europäischen Bankenmarkt, zur Geldpolitik der Europäischen Zentralbank sowie zu liberalen Positionen zur europäischen Finanzpolitik wurden erörtert und im weiteren Verfahren beschlossen und dem HDGH entsprechend der damaligen Formatvorgaben als Arbeitspapiere für das Wahlprogramm zur Verfügung gestellt.

IV. Videokonferenz am 13. August 2020

In der o.g. Videokonferenz wurden die unter Leitung des Stellvertreten Vorsitzenden Carsten Rothbart erstellten steuer- und haushaltspolitischen Empfehlungen/Positionen des BFA beschlossen und in gleicher Weise an das HDGH übermittelt. Zusammenfassend fokussierte sich der BFA auf einen möglichst effizienten Einsatz der vorhandenen Mittel und stellte v.a. (priorisierte und daher begrenzte) steuerpolitische Forderungen mit maximalem Nutzen für Investitionen und Wirtschaftswachstum in den Mittelpunkt. Dadurch konnte zugleich eine haushalterische Solidität gesichert werden.

V. Videokonferenz am 5. September 2020

In der o.g. Videokonferenz wurde unter Federführung des BFA-eigenen AG-Vorsitzenden zur Altersvorsorge und zugleich BFA-übergreifenden Koordinators Patrick Arora die Beschlussfassung für die gemeinsamen Empfehlungen der BFAs Arbeit und Soziales sowie Finanzen, Steuern und Haushalt angenommen und in der Folge an das HDGH übermittelt.

VI. Videokonferenz am 5. Oktober 2020

Die Videokonferenz diente v.a. der Information der BFA-Mitglieder über den am 1. Oktober 2020 eingesetzten und medial stark begleiteten PUA Wirecard. Bis zu der Einsetzung des PUA

fanden bereits mehrere Unterrichtungen und Sondersitzungen zu Wirecard auch im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages statt. Für die BFA-Mitglieder wurden die öffentlich verfügbaren Informationen durch den Stellvertreten Vorsitzenden Philipp Iza Schilling aufbereitet.

VII. Beteiligung des BFA an der weiteren Gestaltung des Wahlprogramms Anfang Dezember 2020

Aufgrund des hohen Interesses des hiesigen BFA, die Erstellung des Wahlprogramms fachlich bestmöglich zu unterstützen, wurde die zwischenzeitliche Fassung des Wahlprogramms im BFA zirkuliert und auf der Plattform meine-freiheit.de eine virtuelle Beteiligungs- und v.a. Kommentierungsmöglichkeit geschaffen. Eine konsolidierte Bewertung der damaligen Fassung des Wahlprogramm entwurfs durch den BFA wurde dem Vorsitzenden Dr. Volker Wissing als Mitglied des Bundesvorstandes (BuVo) für die BuVo-Sitzung im Dezember 2020 übermittelt.

VIII. Videokonferenz am 1. April 2020

Aufgrund des hohes Interesses unter den BFA-Mitgliedern, aber auch der Medien, erfolgte durch den Stellvertretenden Vorsitzenden Philipp Iza Schilling zum PUA Wirecard eine zweite Informationsveranstaltung. Den Höhepunkt erreichte der PUA Wirecard am 23. April 2021 mit der Vernehmung der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel.

Gegenstand der Informationsveranstaltung waren darüber hinaus die Reform der BaFin und die Vorkommnisse um die Insolvenz der Greensill Bank AG.

IX. Videokonferenz am 7. April 2020

Die Vorsitzende des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages, Katja Hessel MdB, und der Stellvertretende Vorsitzende Carsten Rothbart unterrichteten die BFA-Mitglieder über

aktuelle steuerpolitische Vorhaben. Im Frühjahr 2021 hatte das BMF begonnen, sämtliche aufgeschobenen, finanzpolitischen Vorhaben auch gegen den Widerstand der Unions-Bundestagsfraktion in der Großen Koalition final voranzutreiben. Hessel und Rothbart führten in die Grundzüge eines jeden Vorhabens kurz ein und bewerteten diese auch liberaler Sicht.

X. Videokonferenz am 8. April 2020

Mitglieder der Betriebsgruppe der Liberalen im BMF präsentierten den BFA-Mitgliedern nicht nur die aktuellen haushaltspolitisch relevanten Kennzahlen. Vielmehr gaben sie auch in volkswirtschaftlicher Betrachtungsweise Hinweise zur künftigen Entwicklung des Wirtschaftswachstums in Deutschland und Europa sowie zur Entwicklung der Steuereinnahmen. In der Folge entspannte sich im BFA eine interessante Diskussion über die nationale wie europäische Haushaltspolitik unter Beteiligung vieler Mitglieder der AG Haushalt der FDPBT-Fraktion wie den MdBs Otto Fricke, Karsten Klein und Ulla Ihnen.

BFA Ernährung und Landwirtschaft

Vorsitz: Lukas Braun

Der Bundesfachausschuss Ernährung und Landwirtschaft hat sich in den Jahren 2019, 2020 und 2021 intensiv um eine zukunftsfähige Weiterentwicklung der FDP-Position zur Förderarchitektur und Marktordnung der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) bemüht. In mehreren Sitzungen in Mainz am 12. und 13. Juli 2019, in Berlin am Rande der Grünen Woche am 18. und 19.7.2020 sowie während der Pandemie per E-Mail-Abstimmung und Videokonferenzen wurde ein detailliertes Modell entwickelt, das den Betrieben unter Wahrung von Vertrauensschutz und langfristiger Planbarkeit eine schrittweise Abkehr vom bisherigen Flächenprämien-Modell hin zu einer stärkeren Agrarinvestitions- und Innovationsförderung ermöglichen soll. Einhergehen soll dieses Modell mit einer konsequent liberalen Marktordnungspolitik, welche sowohl problematische Konzentrationen von Marktmacht bei Erfassungsbetrieben, größeren Genossenschaftsstrukturen und Lebensmitteleinzelhandel ins Visier nimmt, um eine marktwirtschaftliche Preisbildung, z.B. auch im Milchsektor, zu stärken, als auch die noch zahlreich vorhandenen Wettbewerbsverzerrungen innerhalb des europäischen Binnenmarktes infolge unterschiedlicher nationaler Ausgestaltungen der GAP in den Blick rückt, etwa bei gekoppelten Direktzahlungen im Zuckerrübenanbau, die von vielen Mitgliedsländern bedauerlicherweise weiterhin gewährt werden. Nachdem der Antrag des BFA vom Bundesparteitag einstweilen an die Programmkommission

für die Bundestagswahl übermittelt wurde, hält der Bundesfachausschuss Ernährung und Landwirtschaft ausdrücklich daran fest, dass diese zukunftsorientierte und mühevolle Programmarbeit zeitnah in einen Beschluss des Bundesvorstands münden sollte.

Weitere beherrschende Themen neben der Zuarbeit für die Modul-Entwürfe des Bundestagswahlprogramms 2021 waren die Schaffung einer resilienten digitalen Infrastruktur für landwirtschaftliche Betriebe (Cloud-Anwendung vs. dezentrale Datenhaltung und betriebliche Datenhoheit) sowie der Schutz und das Wohl in der Nutztierhaltung. Hier herrschte weitestgehend Konsens, dass Investitionen in zeitgemäße Tierhaltungssysteme neben einer verstärkten Förderung über die oftmals überzeichneten und bürokratisch aufgeladenen Agrarinvestitionsförderprogramme der Länder vor allem auch langfristige Rechtssicherheit und Vertrauensschutz benötigen. Für Auslaufmodelle wie die Anbindehaltung von Rindern wurden aus Rücksicht auf kleinteilige Agrarstrukturen, insbesondere in Bayern und Baden-Württemberg, realistische Übergangszeiträume bis zu einem endgültigen Verbot dieser in der Praxis sehr unterschiedlich ausgestalteten Haltungsform gefordert. Der Bundesfachausschuss Ernährung und Landwirtschaft freut sich auf die Zeit, wenn sowohl Präsenzsitzungen als auch Besichtigungen praktischer Betriebe in Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei, Jagd und Lebensmittelhandwerk wieder möglich sind.

BFA Arbeit und Soziales

Vorsitz: Michael Kauch

Stellvertreter/innen: Dr. Elisabeth Preuß, Mona Model, Patrick Arora, Dirk-Heinrich Heuer

Der BFA Arbeit und Soziales hat im Berichtszeitraum neunmal im Plenum getagt: am 30.6.2019, 20.10.2019 und 26.1.2020 jeweils in Berlin sowie digital am 19.4.2020, 19.7.2020, 29.8.2020, 1.9.2020, 17.1.2021 und 8.5.2021.



Schwerpunktt Themen waren die Auswirkungen der Corona-Krise auf Arbeitsmarkt und Sozialsysteme, die Zukunft der gesetzlichen Rentenversicherung, die private und betriebliche Altersvorsorge sowie das Entgeltsystem der Werkstätten für Menschen mit Behinderung.

Als Arbeitsgruppen wurden für die Amtszeit 2020/2021 eingerichtet:

- AG private und betriebliche Altersvorsorge (gemeinsam mit dem BFA Finanzen und Steuern)
- AG Armut
- AG Inklusion
- AG Künstliche Intelligenz, Digitalisierung und Sozialpolitik

Zudem bestand zeitweise ein Abstimmungsprozess zur Künstlersozialversicherung gemeinsam mit dem BFA Kultur, der aber zu keiner Annäherung der Positionen geführt hat.

Die ursprünglich geplanten Dialogveranstaltungen zu den Themenkomplexen „Aufstieg“ sowie „Künstliche Intelligenz und Arbeitsmarkt“ wurden vor dem Hintergrund der Corona-Beschränkungen nicht umgesetzt.

Ab Sommer 2020 befasste sich der BFA im Plenum vorrangig mit dem Wahlprogramm zur Bundestagswahl und seinen Zuarbeiten an die Programmkommission. Hier hat der BFA umfangreiche Textentwürfe erarbeitet, mit den Fachpolitikern der Bundestagsfraktion abgestimmt und sich auch aktiv in die Beteiligungsphase des Programms eingebracht.

BFA Gesundheit

Vorsitz: Christine Aschenberg-Dugnus

Stellvertretende Vorsitzende: Dirk-Heinrich Heuer (Schriftführer), Robert-Martin Montag, Dr. Stefan Schönberger, Prof. Dr. Andrew Ullmann



Die Sitzungen des Bundesfachausschusses fanden im Berichtszeitraum Februar 2019 bis Februar 2021 zu folgenden Terminen statt:

- 1) 22.02.19/23.02.19 in Berlin, HDGH
- 2) 05.07.19/06.07.19 in Erfurt
- 3) 25.10.19/26.10.19 in Berlin, KZBV
- 4) 07.02.20/08.02.20 in Berlin, HDGH
- 5) 04.07.20 in Berlin, HDGH als Hybridsitzung
- 6) 23.10.20 Digitale Sitzung
- 7) 06.02.21 Digitale Sitzung

Die BFA Sitzungen haben sich mit folgenden Themen befasst:

Sitzung 22.02./23.02.19:

- 1) Unabhängigkeit Medizinischer Dienst
- 2) Neugestaltung der Akut- und Notfallversorgung
- 3) Delegation und Substitution Ärztlicher Leistungen
- 4) Antrag Digitalisierung im Gesundheitswesen

- 5) Berichte der AGs:
 - Pflege
 - Entbürokratisierung
 - Finanzierung und Weiterentwicklung des Gesundheitswesens
 - Ernährungsprävention
 - Europawahl

Sitzung 05.07./06.07.19:

- 1) Gespräche mit:
 - KZV Thüringen
 - ABDA
 - KV Thüringen
 - LKG Thüringen
 - LÄK Thüringen
- 2) Positionspapier Krankenhäuser: Versorgungsstrukturen und Finanzierung neu denken
- 3) Überwiesene Anträge:
 - Organspende
 - Sterbehilfe

Sitzung 25.10./26.10.19:

- 1) Vorstellung KZBV
- 2) Moderierte Diskussion zur Digitalisierung im Gesundheitswesen mit
 - Martin Tschirsch
 - Sophie Chung
 - Jesaja Brinkmann
- 3) Berichte aus den AGs

Konstituierende Sitzung 07.02./08.02.20:

Stellvertretende Vorsitzende:

Dr. Luzie Braun-Durlak, Dirk-Heinrich Heuer (Schriftführer), Robert-Martin Montag, Dr. Stefan Schönberger

- 1) Wahl der Mitglieder des BFA Gesundheitspolitik (10 Sachverständige)
- 2) Situation und Perspektiven der Heilmittelerbringer
- 3) Digitale-Versorgung-Gesetz
- 4) Bericht aus dem Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages
- 5) Versorgung Templiner Modell

- 6) Gesundheitsversorgungskooperation
GVK Odenwald
- 7) Berichte der AGs
- 8) Überwiesener Antrag BPT:
Pflege neu denken

Sitzung 04.07.20 als Hybridsitzung:

- 1) Corona Update
- 2) Konzept Alternative zur Krankenversicherung
- 3) Digitalisierung im Gesundheitswesen
- 4) Berichte aus den AGs
- 5) Bericht aus dem Gesundheitsausschuss des
Deutschen Bundestages

Sitzung 23.10.20 als Digitale Sitzung:

- 1) Covid-19-Update
- 2) Module Bundestagswahlprogramm

Sitzung 06.02.21 als Digitale Sitzung:

- 1) Bericht aus dem Gesundheitsausschuss des
Deutschen Bundestages
- 2) Module Bundestagswahlprogramm

Der Bundesfachausschuss hat folgende Anträge gestellt:

- Digitalisierung im Gesundheitswesen

Mindestens ein mal pro Jahr findet der BFA ausserhalb Berlins statt, wobei darauf Wert gelegt wird, im Wahlkampf befindliche Landesverbände zu unterstützen.

Moderierte Podiumsdiskussionen innerhalb des BFA sind neu hinzu gekommen. Der Vorteil ist, dass dadurch die Aussenwahrnehmung erhöht wird und externer Sachverstand einbezogen wird.

Die Arbeitsgruppen stellen in jeder BFA Sitzung ihre Ergebnisse vor.

Die Anzahl der Gäste ist ausgeweitet worden, um interessierten Neu/Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, sich thematisch einzubringen.

BFA Justiz, Innen, Integration und Verbraucherschutz

Vorsitz: Dr. Matthias Schulenberg

Der Bundesfachausschusses Justiz, Innen, Integration und Verbraucherschutz begreift sich als Fachberatungsgremium und Denkfabrik zur Vorbereitung von Beschlüssen der Gremien der Partei. In der Zeit vom 1. Februar 2019 bis zum ein 31. März 2021 tagte der Bundesfachausschuss in vier Sitzungen, aufgeteilt jeweils in Frühjahrssitzung und Herbstsitzung. Zwischen den Sitzungen findet die Willensbildung elektronisch statt. Die Frühjahrssitzung 2020 entfiel wegen der Corona-Pandemie. Die Herbstsitzung 2020 sowie die Frühjahrssitzung 2021 fanden nicht als Präsenzsitzung, sondern digital statt. Die Sitzungen finden freitags ab 14:00 Uhr statt und dauern bis samstags 14:00 Uhr. Vorsitzender des Bundesfachausschusses für den genannten Zeitraum war und ist Dr. Matthias Schulenberg. Stellvertretende Vorsitzende waren Dr. Torsten Brandt und Prof. Wilfried Bernhard. Auf der Herbstsitzung 2020 wurden die beiden stellvertretenden Vorsitzenden nach turnusmäßiger Neukonsolidierung des Bundesfachausschusses neu gewählt.

In der Frühjahrssitzung 2019 fand zunächst die Beratung der von 69. ordentlichen Bundesparteitag überwiesenen Anträge statt. So wurden Anträge beschlossen zur Entlastung kleiner und mittlerer Unternehmen von der Dokumentations- und Prüfungspflicht nach dem Geldwäschegesetz, zur Altersfeststellung bei jugendlichen Flüchtlingen, zur Ablehnung von heimlichen Überwachungsmaßnahmen mittels Schadsoftware sowie – BFA übergreifend – der Antrag „Freiheit in Sicherheit für unsere Bürger – Die parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste stärken“. Letzterer Antrag ist mittlerweile vom Bundesvorstand beschlossen und in das Bundestagswahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 eingeflossen. Weiterhin beschäftigte sich der BFA mit der Abschaffung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes und der Rechtslage beim digitalen Nachlass. Er sprach sich u.a. dafür aus, dass Testamente auch

elektronisch abgefasst werden können.

Ferner befasste sich der Ausschuss mit einer Fülle von aktuellen Gesetzesinitiativen im Deutschen Bundestag, z.B. zu § 219a StGB, zur Aberkennung deutscher Staatsangehörigkeit von IS-Kämpfern mit Doppelstaatsbürgerschaft, zum Fachkräfteinwanderungsgesetz, zum Geordnete-Rückkehr-Gesetz, zu Mehr-Elternschaft, Speicherung der Daten von Bodycams, zum Gesetz über Beschäftigungsduldung, zu Sterbehilfe und Rechtsanwaltsvergütungsgesetz. Die Aberkennung der Doppelstaatsangehörigkeit von deutschen IS-Kämpfern wurde vom BFA abgelehnt und beschlossen, dass eine zentrale Schwerpunktstaatsanwaltschaft und ein zentrales Gericht bestimmt werden sollen, um Kompetenzen bei der staatsanwaltschaftlichen Ermittlung sowie die gerichtliche Beurteilung von Straftaten deutscher IS-Kämpfer zu bündeln.

Der BFA diskutierte des Weiteren strafrechtliche Beschränkungen von Aktivitäten im Darknet und sprach sich weiterhin gegen eine Speicherung von Fingerabdrücken in Personalausweisen aus. Ein weiteres Thema waren Diskussionsüberlegungen zur Reform der Strafprozessordnung, wozu ebenfalls Beschlüsse gefasst wurden sowie die Entwicklung des Single Gateway der EU für Rechtsinformationen. Ferner wurden aktuelle Vorhaben auf EU-Ebene diskutiert, wie etwa die Richtlinie zu Sammelklagen sowie das europäische Vertragsrecht. Außerdem beschäftigte sich der BFA mit einem Antrag zur Modernisierung des Vergaberechts.

Im Sommer fasste der BFA online Beschlüsse zur Eröffnung der Stiefkind-Adoption auch für unverheiratete Paare, zur Organspende und zur Sterbehilfe.

Die Herbstsitzung 2019 fand in Brüssel statt. Die Tagung wurde in Abwesenheit des Vorsitzenden durch den stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Torsten Brandt vorbereitet und geleitet. Unter anderem gab es Impulsvorträge von deutschen Mitgliedern der Liberalen Fraktion

im Europaparlament sowie von Mitgliedern der Ständigen Vertretung Deutschlands bei der EU. Die Rechtsstaatspolitik der Europäischen Union wurde diskutiert. Ebenfalls wurde eine umfangreiche Beschlussempfehlung zum Thema „E-Evidence“ erarbeitet, die dem Bundesvorstand zugeleitet wurde. Weitere Diskussionsthemen waren der Sachstand der E-Privacy-Verordnung und die vorgesehene EU-Sammelklage sowie die Zukunft der europäischen Migrations- und Asylpolitik. Daneben fanden erste Beratungen über die zum 70. Bundesparteitag überwiesenen Anträgen statt, insbesondere zum Antrag „Die streitbare liberale Demokratie stärken: Unsere Agenda für Erneuerungen in zwölf Thesen“, zur Modernisierung des Bundestages und zur Amtszeitbegrenzung für Bundeskanzler.

Auf der Herbstsitzung 2020 befasste sich der BFA mit aktuellen Themen der Innen- und Rechtspolitik sowie der weiteren Beratung der vom 70. Bundesparteitag überwiesenen Anträge. Dabei wurden insbesondere die Anträge „Die streitbare liberale Demokratie stärken: Unsere Agenda für Erneuerungen zwölf Thesen“ sowie zur Modernisierung des Bundestages jeweils mit zahlreichen

Änderungen verabschiedet. Ferner wurde ein Antrag zu einem moderneren und zeitgemäßeren Jurastudium beschlossen sowie ein Antrag zu gesetzlichen Rahmenbedingungen der Regelung von Lobbytätigkeit. Ferner befasste sich der Ausschuss mit einem Antrag zu einer „Föderalismuskommission III“ mit Fragen zur föderalen Sicherheitsagentur der Bundesrepublik Deutschland sowie mit Fragen des Verbraucherschutzes.

Auf der Frühjahrssitzung 2021 standen sowohl aktuelle Themen der Innen- und Rechtspolitik auf der Tagesordnung als auch weitere Themen. Im Mittelpunkt der Tagung stand insbesondere die Beratung des aktuellen Standes des Bundestagswahlprogrammes, zu dem der BFA eine Fülle von Änderungen verabschiedete und dem Bundesvorstand zu Beratung zukommen ließ. Weitere Themen waren Anträge zur IT-Sicherheit und Stärkung digitaler Abwehrkräfte, zur Liberalisierung des Namensrechtes und zu europarechtlichen Entwicklungen. Die Herbstsitzung 2021 ist für Freitag es für den 26./27. November terminiert. Sie soll – soweit Präsenzsitzungen möglich sind – in Berlin stattfinden.

BFA Bildung, Forschung und Technologie

Vorsitz: Björn Försterling

Der BFA befasst sich in der abgelaufenen Periode schwerpunktmäßig mit vier Themenbereichen. Hierzu wurden vier Unterausschüsse gebildet, welche von den vier stellvertretenden BFA-Vorsitzenden selbständig geleitet worden sind: Christiane Brunk (Schule), Finn Brandt (Berufliche Bildung), Dr. Magnus Buhlert (Forschung), Mathias Büger (Hochschule).

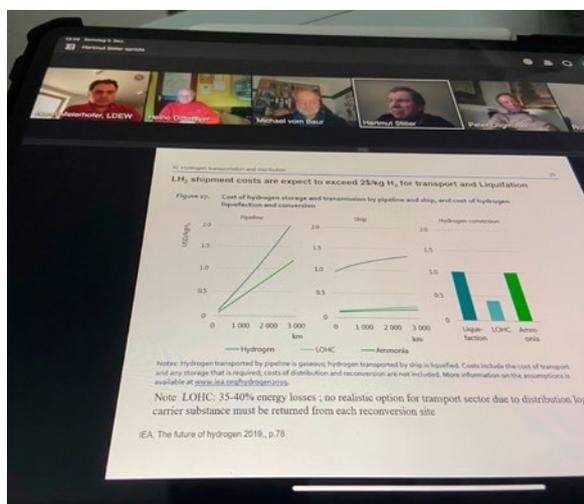
In seiner Gesamtheit kam der BFA entweder in Präsenz oder im Laufe des Jahres 2020 digital zusammen. Ein Hauptaugenmerk lag auf dem Austausch mit der Bundestagsfraktion. Hier stand insbesondere Dr. Jens Brandenburg MdB dem BFA jederzeit als Ansprechpartner zur Verfügung. Aber auch seine Kollegen Thomas Sattelberger und Mario Brandenburg standen insbesondere zu ihren Themenbereichen für den BFA parat. Ein besonderer Dank gilt der Schulministerin des Landes Nordrhein-Westfalen, Yvonne Gebauer, die ebenfalls mehrfach zur aktuellen Corona-Lage in den Schulen Rede und Antwort stand und den BFA informierte.

Zu den Bereichen Schulpolitik und Forschung wurden verschiedene Anträge zum Bundesparteitag eingereicht. Als ein neues Format im Rahmen von digitalen BFA-Veranstaltungen wurden jetzt einstündige Angebote gemacht, die mit verschiedenen Referenten einzelne Themen bearbeiten.

BFA Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Vorsitz: Horst Meierhofer

Aufgrund der Corona-Situation führte der Bundesfachausschuss keine Zuwahlen und Vorstandswahlen durch, da er nur online tagte. Alle Interessenten am BFA konnten an den Sitzungen teilnehmen. Neben regelmäßigen Berichten aus Berlin durch die Bundestagsabgeordneten Skudelny und Dr. Köhler, sowie aus Brüssel durch das MdEP-Büro



Glück und durch den bisherigen stv. BFA-Vorsitzenden Claus-Peter Appel beschäftigte sich der BFA schwerpunktmäßig mit folgenden Themen:

- Regionale Anpassung an den Klimawandel, Rüdiger Wagner
- Artensterben, Dr. Angelika Fink-Sonntag

- CO₂-Bepreisung, Prof. Dr. Marc-Oliver Bettzüge, EWI der Universität Köln
- Wälder im Klimawandel, Prof. Dr. Andreas Bolte, Leiter des Thünen-Instituts für Waldökosysteme, Bundesforschungsinstitut für ländliche Räume, Wald und Fischerei
- Hydrogen for road vehicles – market analysis and outlook, Hartmut Stiller, Mitglied im BFA
- Erstellung eines Antrags zum 71. BPT: „Nachhaltigkeit durch Innovation: Durch technologische Entwicklungen im Umweltbereich das Reservoir an natürlichen Ressourcen umweltbewusst nutzen, effektiv einsetzen und bewahren.“ Hier gebührt der große Dank Wolfgang Oepen für die federführende Erstellung des Antrags!
- Auf Initiative und mit großem Einsatz durch Michael vom Baur wurde ein gemeinsamer Unterausschuss/Arbeitsgruppe Energie eingesetzt, die sich aus interessierten Mitgliedern der BFAs Wirtschaft/Energie und Umwelt zusammensetzte und engagiert an Anträgen und am Programm der FDP arbeitete. Auch hierfür vielen Dank!
- Befassung und Antragerstellung zum Bundestagswahlprogramm der FDP 2021

Wir freuen uns darauf, bald wieder Präsenzsitzungen durchführen zu können, denn neben lebhaften Diskussionen fehlen uns vor allem der persönliche Austausch beim gemeinsamen Abendessen und nette Begegnungen!

BFA Digitale Agenda, Internet & Medien

Vorsitz: Maxim Hauk

Die Inhalte des Bundesfachausschusses Digitale Agenda, Internet & Medien werden von Querschnittsthemen geprägt: Der Übergang von analogen Technologien des Industriezeitalters zu einer digitalen Wissens- und Mediengesellschaft führt zu politischen Fragestellungen im Bereich Netzregulierung und Infrastruktur, aber auch zu Fragen des Urheberrechts, der Refinanzierung von Inhalten, der Werberegulierung, des Datenschutzes und des Wettbewerbs- und Kartellrechts.

Am 11. und 12. Oktober 2019 traf sich der BFA in Berlin und diskutierte die Themen Glasfaserausbau, Künstliche Intelligenz, die Revision der eCommerce Richtlinie und die Entscheidung des EuGH zur Löschung von Facebook-Postings.

In seiner Sitzung am 6. und 7. März 2020 wählte der BFA Jo Hasenau, Ann Cathrin Riedel und Frank Mario Stussig zu seinen stellvertretenden Vorsitzenden. Für den Vorsitz der AG Rundfunk wurde MdB Thomas Hacker bestätigt. Als Experten wurden gewählt Dr. Guido Brinkel, Prof. Hubertus von Gersdorf, Dr. Ursula Henseler-Unger und Dr. Wolf Osthaus.

Neben der Diskussion um die Digitalstrategie des Branchenverbandes BITKOM erläuterte ein Vertreter des BMWi die Position Deutschlands zur Frage der Haftung im Netz anhand der eCommerce-Richtlinie und des geplanten Digital Services Act. Vorgestellt wurde zudem eine Übersicht über alle Aspekte des Influencer Marketings. Die Schriftstellerin Nina George erläuterte die Umsetzung der Urheberrechtsrichtlinie aus der Sicht eines Urhebers.

Die AG Rundfunk unter der Leitung von MdB Thomas Hacker begleitet die im Zuge der vom Bundesverfassungsgericht ausgesetzten Erhöhung des Rundfunkbeitrags neu aufgeflamnte Diskussion um die Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, eine Diskussion, die uns in den nächsten Jahren begleiten wird.

Im Zuge der Erarbeitung des Bundestagswahlprogramms bringt sich der BFA mit Änderungseinträgen ein.

BFA Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Vorsitz: Grigorios Aggelidis

In der Sitzung am 16./17.02.2019 wurden folgende Themen besprochen:

- Bericht der Vorsitzenden Mieke Senftleben zum gemeinsamen Antrag der BFA-Ausschüsse Soziales und Familie.
- Papier der Ad hoc Arbeitsgruppe „Frauen“ (Vorstellung, Diskussion und mögliche Änderungsvorschläge/Änderungsanträge zum BPT).
- Bericht aus der Ad hoc Arbeitsgruppe zum Kindeswohl mit anschließender Debatte.
- Verantwortungsgemeinschaft, aktueller Stand der Debatte, Diskussion und möglicher Antrag gemeinsam mit der Bundestagsfraktion zum Bundesparteitag, dazu Bericht von Frau Dr. Frincken.
- Bericht aus der Bundestagsfraktion, Grigorios Aggelidis MdB: Wie geht es weiter mit dem Kinderchancengeld.

Im Jahr 2020 haben 7 Sitzungen stattgefunden, wobei jeweils 12-23 Personen teilgenommen haben. Die Mitglieder trafen sich in Berlin an einem Wochenende (einmal) oder in Online-Sitzungen (sechs Online-Sitzungen). Die konstituierende Sitzung fand am 08./09.02.2020 in Berlin statt. Vorsitzender des BFA wurde Grigorios Aggelidis. Gewählt wurden als Stellvertreterinnen Frau Anita Klahn MdL, Jaqueline Krüger, Vera Ansen und Hinrich Geelvink. Experten wurden ebenfalls gewählt (6 Experten). In dieser Sitzung wurden die überwiesenen Anträge vom Bundesparteitag diskutiert und mit einem Votum verabschiedet.

Dieses Votum wurde an den Bundesvorstand und an die Generalsekretärin weitergeleitet. Darüber hinaus wurden Themengruppen gebildet und der Entwurf des Positionspapiers der Fraktion „3-Säulen der Familienpolitik“ diskutiert.

In der zweiten Sitzung (Online) am 04.04.2020 wurde über Anträge für den Bundesparteitag diskutiert, wie auch ausführlich über den Entwurf einer Elterngeldreform.

In der dritten Sitzung (Online) am 06.06.2020 wurde über die Herausforderungen durch Corona für die Situation von Familien, Senioren, Frauen und Kinder/Jugendlichen, diskutiert und Lösungs-/Unterstützungsansätze besprochen. In den folgenden drei Onlinesitzungen am 08.08.2020/14.08.2020/20.08.2020 wurden die Anträge für den Bundesparteitag besprochen, formuliert und abgestimmt. Ebenfalls wurden Module für das Wahlprogramm diskutiert. Am 21.11.2020 wurde der 71.

Bundestagsparteitag nachbesprochen, wobei die dort nicht beratenen Anträge an die Programmkommission verwiesen wurden. Dem BFA lag daher kein Antrag zur Beratung vor. In Folge dessen wurden folgende aktuelle Themen besprochen: Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland, Öffentliche Anhörung im Deutschen Bundestag zu Konzepten der Kindergrundsicherung, Plenumsdebatte im Deutschen Bundestag zur Bildungswoche, Verlängerung der Überbrückungshilfen für pandemiebedingt in Not geratene Studierende.

Am 27.02.2021 und 01.05.21 (Online) erfolgte die Vorbereitung des Bundesparteitags/ Wahlprogramms inkl. Änderungsanträgen.

BFA Verkehr

Vorsitz: Dr. Tom Reinhold

Stellvertreter: Henner Schmidt, Stefan Tritschler

Der Bundesfachausschuss Verkehr hat im Berichtszeitraum zwei Mal getagt: am 8./9. März 2019 in Berlin, am 20./21. September 2019 in Frankfurt (zu Gast bei Fraport), am 30./31. Oktober 2020 in Berlin (konstituierende Sitzung) und am 19. März 2021 als Videokonferenz. Die im Frühjahr 2020 geplante Sitzung musste Corona-bedingt kurzfristig abgesagt werden. Zu den Sitzungen des BFA Verkehr werden rund 60 Mitglieder, Experten und Gäste eingeladen, die Sitzungen haben meist um die 40 Teilnehmer. In jeder Sitzung berichten Mitglieder der Bundestagsfraktion über aktuelle Themen, ebenso erfolgt ein Bericht aus dem Europäischen Parlament. Sämtliche Bereiche innerhalb der Verkehrsbranche sind mit sehr guter Expertise vertreten.

In mehreren Arbeitsgruppen wurden die Positionspapiere oder Anträge mit folgenden Themenschwerpunkten erarbeitet:

- Planungsbeschleunigung
- Mobilität in Ballungsräumen
- Mobilität im ländlichen Raum
- Luftverkehr – Einsatzfelder von Drohnen

Weitere Arbeitsgruppen beschäftigen sich u.a. mit den Themen Emissionen, Maritimes, Güterverkehr, Deutschlandtakt und Krisensicherheit des Verkehrssektors. Ein Grundsatzpapier, wie nachhaltige Mobilität mit marktwirtschaftlichen Instrumenten erreicht werden kann, befindet sich in Arbeit. Zu mehreren Themen wurden hochrangige externe Referenten eingeladen, u.a. Bahnpolitik (Vertreter vom VDV, mofair, NEE und VDB) und Luftverkehrspolitik (Vertreter von Lufthansa und Fraport). Neben der Arbeit in den Arbeitsgruppen wurden Anträge, die vom Bundesvorstand überwiesen wurden, besprochen, u.a. zu den Themen Planungsbeschleunigung und Parkplatzmangel von Lkws. Für das Bundestagswahlprogramm wurde ein Textentwurf für den Verkehrsbereich erstellt.

BFA Kultur

Vorsitz: Dr. Christopher Vorwerk

Der Bundesfachausschuss Kultur tagte in der Berichtsperiode zweimal persönlich sowie dreimal digital.

Vom 13. bis 15. September 2019 traf sich der Bundesfachausschuss in Dresden. Am ersten Tag berichtete MdB Hartmut Ebbing aus seiner Arbeit, es folgten die Berichte aus den Landesverbänden und Vorfeldorganisationen. In diesem Rahmen beschäftigte sich der BFA auch intensiv mit den Ergebnissen der Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen. Am Samstag nahm Dr. Florence Thurmes die Einladung an, über Kultur im ländlichen Raum zu referieren. Die Absage von Prof. Dr. Jarbusch mit seinem Thema „Musik und Medizin“ wurde aus den eigenen Reihen durch einen Vortrag von Dr. Lasse Steiner über „Kunst und Glück“ ersetzt. Darüber hinaus blieb genügend Zeit, um in Kleingruppen am Grundlagenantrag zu liberaler Kulturpolitik zu arbeiten. Traditionell war am Rande der Sitzung auch die Kultur Dresdens zu erleben, so mit einem Besuch der Kammeroper „4.48 Psychose“. Das Wochenende schloss mit einer Führung durch die Ausstellung von Michael Klippahn in der Kapelle des Nordfriedhofs und einem Gespräch zum Thema „Kunst vs. AfD“.

Für den 14. und 15. März 2020 war eine konstituierende Sitzung des Bundesfachausschusses in Berlin einberufen. Als Referenten waren Vertreter des Vorstandes der Berliner Clubkommission eingeladen, mit denen der BFA über die Anerkennung von Clubs als Kultureinrichtungen diskutieren wollte. Als weiteres Expertenthema war der Kulturtourismus in Deutschland mit dem Bundestagsabgeordneten Dr. Marcel Klinge angesetzt gewesen. Durch die COVID19-Pandemie musste die Sitzung jedoch abgesagt werden. Nach der Einrichtung der digitalen Sitzungsräume durch die FDP-Bundesgeschäftsstelle kam der Bundesfachausschuss dann am 05. Juni 2020 erstmalig digital zu

einem Austausch zusammen und beriet über die aktuelle Lage der Kultur während der Pandemie. Die ursprünglichen Themen waren in der bisherigen Form durch die Entwicklungen nicht mehr aktuell.

Am 20. September 2020 konnte die konstituierende Sitzung des Bundesfachausschusses persönlich in Berlin nachgeholt werden. Als stellvertretende Vorsitzende wurden Carl Grouwet, Kirsten von Hardenberg, Bettina von Seyfried und Nico Tippelt gewählt. Neben den Wahlen zum Vorstand und zu den Sachverständigen widmeten sich der Bundesfachausschuss den kulturpolitischen Modulen des Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2021. Im Nachgang der Sitzung wurden einzelne Module digital in Kleingruppen weiterberaten. Aufgrund der Pandemie wurde die Sitzung auf einen halben Tag reduziert und es wurde auf die Einladung von externen Experten sowie auf ein Kulturprogramm verzichtet.

Am 13. Februar 2021 fand eine weitere digitale Arbeitssitzung des BFA statt. Auch dort stand das Bundestagswahlprogramm im Zentrum der Beratungen. Ferner wurden anhand eines Thesen-Papiers die Diskussion über die Auswirkungen der COVID19-Pandemie auf Kunst und Kultur in Deutschland vertieft. Intensiv wurde auch das Thema „Sprache und Geschlecht“ diskutiert. Im Anschluss an die Sitzung bildete sich unter der Leitung von Cornelius Wendel eine Arbeitsgruppe zu diesem Thema, die einen Antrag für den Bundesparteitag erarbeitete, über den der BFA in einer weiteren digitalen Sitzung am 27. März 2021 beraten und entschieden hat. Der Antrag wurde anschließend zum Bundesparteitag eingereicht.

Die notgedrungene Digitalisierung der Arbeit des Bundesfachausschusses führte zu einer Konzentration auf die Antragsberatung. Erstmals seit längerer Zeit stellt der BFA somit einen Antrag für das Bundestagswahlprogramm.

In den Hintergrund getreten ist jedoch der persönliche Austausch sowie die Vernetzung mit Kulturakteuren vor Ort, die ebenso wichtig für die Arbeit des Ausschusses sind. Ziel ist es, in Zukunft eine gesunde Balance aus beiden Akzenten zu finden – ob digital oder persönlich vor Ort.

BFA Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

Vorsitz: Dieter Kleinmann

Dem Bundesfachausschuss Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften gehören Mitglieder christlichen, jüdischen und muslimischen Glaubens an, ebenso Mitglieder ohne Religionszugehörigkeit.

Stellvertretende Vorsitzende sind Alfred Neugebauer, Vera Ansén und Jörg Diehl.

Die geplante konstituierende Sitzung des BFA am 20./21. März 2020 musste – bedingt durch Corona – abgesagt und auf den 24./25. Juli 2020 in Berlin verschoben werden. Neben der Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden (s. o.) und der Zuwahl der Experten beschloss der BFA, wie in der vergangenen Periode, wieder vier Arbeitskreise einzurichten:

1. Grundlagen des Liberalismus mit den Themen „Freiheit füreinander“ und Aufarbeitung der Geschichte von Liberalismus und Kirchen/Religionsgemeinschaften als Glaubensgemeinschaften
2. Zusammenarbeit des demokratischen Staates mit muslimischen Religionsgemeinschaften
3. Antisemitismus – Diskussion über sinnvolle und zielgerichtete Gegenmaßnahmen
4. Staat und Kirche (Ablösung der Staatsleistungen, Körperschaftsstatus, kirchliches Arbeitsrecht ...)

Hilfreich ist für den BFA die enge Zusammenarbeit mit der liberalen Ibn-Rushd-Goethe-Moschee, die sich dem Grundgesetz verpflichtet weiß, ebenso der Gleichstellung von Mann und Frau und Kopftücher nicht als obligatorisch ansieht. Deren Leiterin und Imamin Seyran Ateş ist Mitglied des BFA (Gaststatus).

Vom 19.-23. Juni 2019 fand in Dortmund der 37. Deutsche Evangelische Kirchentag statt. Der

BFA war dort wieder – wie bei den Kirchentagen zuvor – mit einem Stand auf dem „Markt der Möglichkeiten“ vertreten. Unter dem Leitwort „Liberale Perspektiven“ waren auch die Jungen Liberalen und alle Vorfeldorganisationen zur Teilnahme am Stand eingeladen.

Unterstützt wurde die Standbesetzung durch zahlreiche FDP-Politiker der Bundestagsfraktion und der Landtagsfraktion NRW, die durch persönlichen „Statements“ zu politischen Themen Stellung nehmen konnten. Im Wahljahr 2019 war diese Aktion ein toller Erfolg für die FDP. Die Standbesucher zeigten sich überrascht und in ihren Vorurteilen verunsichert, eine wählbare, demokratische Partei gesprächsbereit zu finden und zeigten sich offen für wechselndes Wählerverhalten. Zum Erfolg beigetragen hat auch ein Empfang der FDP-Bundestagsfraktion am 21. Juni 2019 im Dortmunder U, wo sich sonst die Spieler des BVB nach ihren Spielen treffen, veranlasst von Dr. Stefan Ruppert.

Nach Kirchentagen ist vor Kirchentagen. Vom 13.-16. Mai 2021 findet – nach Berlin (2000) und München (2005) – der 3. Ökumenische Kirchentag in Frankfurt a. M. statt, allerdings wegen der Pandemie nur digital und dezentral. Der BFA hatte sich im Vorfeld mit einem Stand auf der „Agora“ angemeldet. Zur organisatorischen und thematischen Vorbereitung des Standes – inhaltliche Schwerpunkte: Antisemitismus, Ablösung der Staatsleistungen und Sterbehilfe – fand am 21. November 2021 eine hybride Sitzung in den Räumen der Hessischen FDP-Landtagsfraktion in Wiesbaden statt. Doch die Agora musste vom Gemeinsamen Präsidium des 3. ÖKT abgesagt werden. Die Themen Antisemitismus, Ablösung der Staatsleistungen und Sterbehilfe bleiben aber weiterhin auf der Agenda des BFA.

BFA Sport

Vorsitz: Detlef Parr

Die Arbeit des Bundesfachausschusses Sport hat sich u.a. auch durch die Zuwahl sachverständiger Gäste sehr gut weiterentwickelt. Regelmäßig berichtet die sportpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Britta Dassler MdB über die parlamentarischen Initiativen und der stv. Ausschussvorsitzende und Vizepräsident des DOSB Andreas Silbersack über die Aktivitäten im Deutschen Olympischen Sportbund. Den Informationsfluss rundet der Bericht aus den FDP-Landesverbänden ab. Dadurch arbeiten die Ausschussmitglieder immer auf dem neuesten sportpolitischen Sachstand. Hinzu kommt der gute Kontakt zum Internationalen Olympischen Komitee und den Sportfachverbänden.

Im Berichtszeitraum fanden 6 zweitägige Sitzungen zum einen in der Landesgeschäftsstelle der FDP Berlin, zum anderen in der Bundesgeschäftsstelle statt. Wir danken der Berliner FDP, vor allem Stefan Förster MdBA, und dem Hans-Dietrich-Genscher-Haus, stellvertretend Denise Höfling, für die vorzügliche Organisation.

Bis zum Ausbruch der COVID 19-Pandemie beschäftigte sich der BFA mit folgenden Schwerpunktthemen:

- Sicherheit in Sportstadien und bei Sportgroßveranstaltungen
- Eckpunktepapier zu e-sports (elektronischer Sport)
- Bundeshaushalt (u.a. Übungsleiter- und Ehrenamtszuschale)
- Investitionsstau bei Sportstätten – Neuauflage Goldener Plan
- Zukunft von Kunstrasenplätzen
- Kosten für Polizeieinsätze

- Glücksspielstaatsvertrag
- Unterstützung von Bewerbungen (Special Olympics World Games 2023 in Berlin/ Invictus Games 2021 in Düsseldorf/ Universiade 2025 an Rhein und Ruhr)

Bis Juni 2020 beschränkte sich pandemiebedingt die Arbeit auf schriftliche und virtuelle Kontakte. Am 19./20. Juni, im Oktober 2020 und im März 2021 trafen wir uns wieder unter strikten Schutzverordnungsbedingungen zu Präsenzsitzungen in der Bundesgeschäftsstelle und arbeiteten u.a. diese Themen ab:

- Erfahrungsberichte „Sport in der Pandemie“ - Leitplanken des DOSB
- Notfallfonds für Sportvereine
- Behutsame Exit-Strategie für Sportstätten – Öffnungsempfehlungen
- Situation der Sport- und Fitness-Studios
- Kommunales Sportpapier „Mit Sport aus der Krise“
- Arbeit der Fanprojekte in der Pandemie – Freizeitangebote
- Rassismus im Sport und in den Stadien
- Schwimmkompetenz von Kindern

Wir beteiligten uns an der Erarbeitung des Entwurfs des Bundestagswahlprogramms mit etlichen Modulen und formulierten unter der Überschrift „Optimistisch – selbstbestimmt – engagiert: Grundsätze liberaler Sportpolitik“ eine Neufassung als Antrag für den Bundesparteitag im Mai. Wir wünschen uns einen zeitnahen Beschluss, um mit Volldampf in den Bundestagswahlkampf zu starten, bei dem wir auch über unser sichtbares Engagement für den Sport viele Wählerinnen und Wähler für unsere FDP gewinnen wollen.

Kommission Freiheit und Ethik

Vorsitz: Dr. Christopher Gohl

Die Kommission Freiheit und Ethik hat sich in einer Sitzung am 28.-29. Februar 2020 in Mannheim unter dem Vorsitz von Dr. Christopher Gohl konstituiert. Gohl war vom Bundesvorstand in Nachfolge des langjährigen Vorsitzenden Roland A. Kohn berufen worden. Zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurden Dr. Sybille Fritsch-Oppermann, Thomas Seerig MdA, Dr. Bernhard Labudek und Alexander Pokorny. Neuerungen in der Mitgliedschaft steigern die Durchmischung der Generationen sowie die Vielfalt der z.T. hochrangig vertretenen Perspektiven.

In einer Aussprache zum Selbstverständnis der Kommission werden als Ziele die Befassung mit ethischen Fragen ebenso wie mit Grundsatzfragen genannt. Man wolle nicht nur Nach- und Vordenken, sondern in Vernetzung mit Fachpolitikerinnen und Fachpolitikern der Partei auch verstärkt mitdenken, so bei der Erneuerung des Leitbildes und im Hinblick auf das kommende Bundestagswahlprogramm. Für Ethiker sei es wichtig, Moral nicht nur als Moralismus zu verdammen, sondern zu Konventionen und Tugenden ein konstruktives Verhältnis zu entwickeln – aber freiheitlich müssten sie eben sein. Der Liberalismus habe immer auch Stärke aus der Quelle der Moralphilosophie gezogen.

Um produktive Arbeit zu gewährleisten, werden acht Arbeitsgruppen gegründet:

- Bio- und Medizinethik
- Demokratie
- Digitalisierung
- Nachhaltige Entwicklung
- Menschenrechte
- Migration
- Staat und Bürger
- Wirtschaftsethik und Soziale Marktwirtschaft

Unter der Wucht der Pandemie pausiert die Kommissionsarbeit. Im Juli 2020 wird sie dann digital neu erfunden: Monatliche Videokonferenzen, digitale Umfragen und eine rege Nutzung der Plattform www.meine-freiheit.de führen zu einer neuen Intensität produktiver Diskussionen, so dass die Kommission im Frühjahr 2021 zu den Themen ihrer Arbeitsgruppen zahlreiche Textbausteine und Änderungsanträge zum Bundestagswahlprogramm einreichen kann.

Um dem Anspruch gerecht zu werden, in Partei und Gesellschaft mitzudenken, wird das Gespräch mit externen Expertinnen und Experten ebenso gesucht wie mit den Fachpolitikerinnen und Fachpolitikern der Fraktionen und Bundesfachausschüssen. Darüber hinaus veröffentlichen Mitglieder eigene Positionen und Perspektiven unter www.freiheitfuereinander.org, um öffentlich zum Mitdenken einzuladen.

Für die Zukunft plant die Kommission (Stand Mai 2021), sich verstärkt mit Fragen der Wissenschafts- und Meinungsfreiheit, Identitätspolitik und Cancel Culture zu beschäftigen, zur Versöhnung von Wirtschaft und Ökologie sowie zur sozialen Frage zu arbeiten, und sich deshalb auch mit dem Erbe der Freiburger Thesen auseinander zu setzen. Getragen von der Überzeugung, dass der Neustart der Republik nach der Corona-Pandemie zu zahlreichen Veränderungsinitiativen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft führen wird, will die Kommission das Ihre dazu beitragen, für die Freien Demokraten Perspektiven und Prioritäten einer freiheitlichen Chancenpolitik zu erschließen.

AG Chancen durch Vielfalt / AG Parteienentwicklung

Vorsitz: Dr. Volker Wissing

Die Freien Demokraten haben es sich zum Ziel gesetzt, Vielfalt zu leben. Dazu gehört der Anspruch, innerparteilich das zu praktizieren, was die Partei auch für die Gesellschaft fordert: Faire Chancen für jeden Menschen – unabhängig von Geschlecht, Herkunft, sexueller Orientierung, Alter, Behinderung oder Religion. Um den Leitgedanken von Gleichberechtigung und Vielfalt noch stärker Rechnung zu tragen, arbeitet die AG Chancen durch Vielfalt seit 2018 daran, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es jedem Mitglied ermöglichen, seine/ihre Talente in die Partei einzubringen und Verantwortung zu übernehmen.

Im Rahmen des 70. Ord. Bundesparteitages (2019) haben die Freien Demokraten ihre Ziele für eine vielfältige Parteilarbeit mit einer „Agenda für mehr Vielfalt“ konkretisiert. Die Beschlüsse gehen maßgeblich auf die Arbeit der AG Chancen durch Vielfalt zurück und umfassen u.a.:

- Politische Agenda: „Freiheit durch Emanzipation – Liberale Agenda für Selbstbestimmung und Vielfalt“. – Der Beschluss bündelt konkrete Maßnahmen für echte Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Geschlechter in einer liberalen Gesellschaft.
- Zielvereinbarungen: Sie sollen dazu beitragen, den Anteil von Frauen in Führungspositionen und Mandaten der Partei zu erhöhen. Die Zielvereinbarungen zwischen Bundesverband und Landesverbänden werden regional differenziert vereinbart. Dies ermöglicht es den Gliederungen, kreative Ansätze und individuelle Lösungen für die Herausforderungen vor Ort zu entwickeln.
- Code of Conduct: Der Code of Conduct legt Leitlinien für ein respektvolles Miteinander fest.

- Vertrauenspersonen: Die Vertrauenspersonen der Bundespartei, in den Landesverbänden und den Untergliederungen fungieren als Ansprechpartner bei sozialen Konflikten oder Verstößen gegen die im Code of Conduct festgeschriebenen Leitlinien.

Seit dem 70. Ord. Bundesparteitag arbeiten die Freien Demokraten an der Umsetzung der getroffenen Beschlüsse. So hat die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag zahlreiche inhaltliche Initiativen ergriffen, um die politische Agenda mit Leben zu füllen. Die Bundespartei hat mit den meisten Landesverbänden Zielvereinbarungen getroffen, die nun umgesetzt werden. Der Bundesverband hat zudem Sylvia Bruns und Dr. Jens Brandenburg als Vertrauenspersonen der Bundespartei benannt. Sie agieren gleichzeitig als Ratgeber für die von den Gliederungen benannten Vertrauenspersonen. In einem gemeinsamen Workshop im Januar 2021 mit den Vertrauenspersonen des Bundesverbands und der Landesverbände wurde das Rollenverständnis der Vertrauenspersonen konkretisiert und weitere Arbeitsschritte festgelegt: Einzelne Arbeitsgruppen erarbeiten derzeit Leitfäden für Konfliktgespräche und rechtliche Fragestellungen im Parteikontext sowie Vorschläge, um die Vertrauenspersonen in der Partei bekannter zu machen. Als Beauftragte des Bundesvorstands für Diversity wurde Daniela Schmitt zur zentralen Ansprechpartnerin für die Stärkung von Vielfalt in der Partei ernannt.

Als weiteres Gremium befasst sich die AG Parteienentwicklung mit Fragen der Ausgestaltung der Parteilarbeit. Unter Leitung der Generalsekretärin/des Generalsekretärs entwickelt sie seit 2012 Vorschläge zur Modernisierung und Weiterentwicklung der innerparteilichen Organisation, Kommunikation und Beteiligung. Die Folgen der Corona-Pandemie haben den Stellenwert der AG noch einmal unterstrichen. Mit der Pandemie

kam die Herausforderung, die Parteiarbeit digitaler zu gestalten. Diese Herausforderung haben die Freien Demokraten als Chance begriffen. So hat die Bundespartei die Arbeit der Untergliederungen in der Pandemie mit verschiedenen Angeboten sowie den digitalen Informationsformaten „Wir@FDP“ und „Neu@FDP“ unterstützt. Auch die Einführung des Konferenzsystems OpenSlides beim 71. Ord. Bundesparteitag (2020) als wichtiger Schritt hin zum digitalen Parteitag geht auf die Arbeit der AG zurück. Mit OpenSlides kann die Antragsberatung vollständig papierlos abgebildet und Redelisten digital organisiert werden.

Das Ziel eines modernen Parteilebens mit ansprechenden Formaten und Freude an Demokratie und Austausch ist gleichzeitig ein zentraler Baustein bei der Stärkung von Vielfalt. Aufgrund der großen Synergien tagen die Arbeitsgemeinschaften Chancen durch Vielfalt und Parteienentwicklung seit November 2020 auf Initiative des Generalsekretärs Dr. Volker Wissing zusammen.

Als Ergebnis dieser Zusammenarbeit haben die Mitglieder beider Arbeitsgemeinschaften eine Toolbox erarbeitet, die als Ideenbaukasten für die Arbeit der Untergliederungen dient. Darin enthalten sind Anregungen und Best Practice-Beispiele für eine vielfältigere, modernere und insbesondere für Frauen attraktivere Parteienarbeit. Auf dem 71. Ord. Bundesparteitag wurde zudem das Instrument des Mitgliederantrages erfolgreich erprobt, durch das sämtliche Mitglieder an der Willensbildung des obersten Organs der Bundespartei, dem Bundesparteitag, beteiligt werden. Geplant ist, den Mitgliederantrag in Zukunft als festen Teil von Parteitag in der Satzung zu verankern.

Seit November 2020 gab es drei Videokonferenzen, im Rahmen derer die Arbeitsgemeinschaften Chancen durch Vielfalt und Parteienentwicklung gemeinsam getagt haben.

Insgesamt sind in beiden AGs 28 Personen beteiligt.

Mitglieder der AG Chancen durch Vielfalt sind:

Volker **Wissing** (Vorsitzender)
Grigorios **Aggelidis**
Nicole **Bauer**
Nicola **Beer**
Franziska **Brandmann**
Donata **Hopfen**
Dr. Lydia **Hüskens**
Maren **Jasper-Winter**
Dr. **Nico Rose**
Dr. **Thomas Sattelberger**
Mieke **Senftleben**
Judith **Skudelny**
Lencke **Wischhusen**
Jacqueline **Krüger** (ständiger Gast)
Daniela **Schmitt** (ständiger Gast)

Mitglieder der AG Parteienentwicklung sind:

Volker **Wissing** (Vorsitzender)
Constantin **Borges**
Charlotta **Eskilsson**
Matthias **Fischbach**
Christopher **Gohl**
Torsten **Herbst**
Maren **Jasper-Winter**
Luca Maximilian **Lichtenthäler**
Jennifer **Miksch**
Richard **Siebenhaar**
Oliver **Stirböck**
Jürgen **Stindt**
Johannes **Vogel**
Tim **Wagner**
Michael **Reichelt** (ständiger Gast)

Programmkommission zur Bundestagswahl

Vorsitz: Dr. Volker Wissing

Der Bundesvorstand der Freien Demokraten hat im Juni 2020 eine Programmkommission eingesetzt, die unter dem Vorsitz von Dr. Volker Wissing das Programm zur Bundestagswahl 2021 erarbeitet hat. Für die Steuerung der Programmkommission waren zuständig: Dr. Volker Wissing, Dr. Marco Buschmann, Daniela Schmitt und Michael Zimmermann.

Um das breite Spektrum an Themen für die Bundestagswahlen 2021 abzudecken, wurden neun Arbeitsgruppen einberufen, die sich wie folgt zusammengesetzt haben.

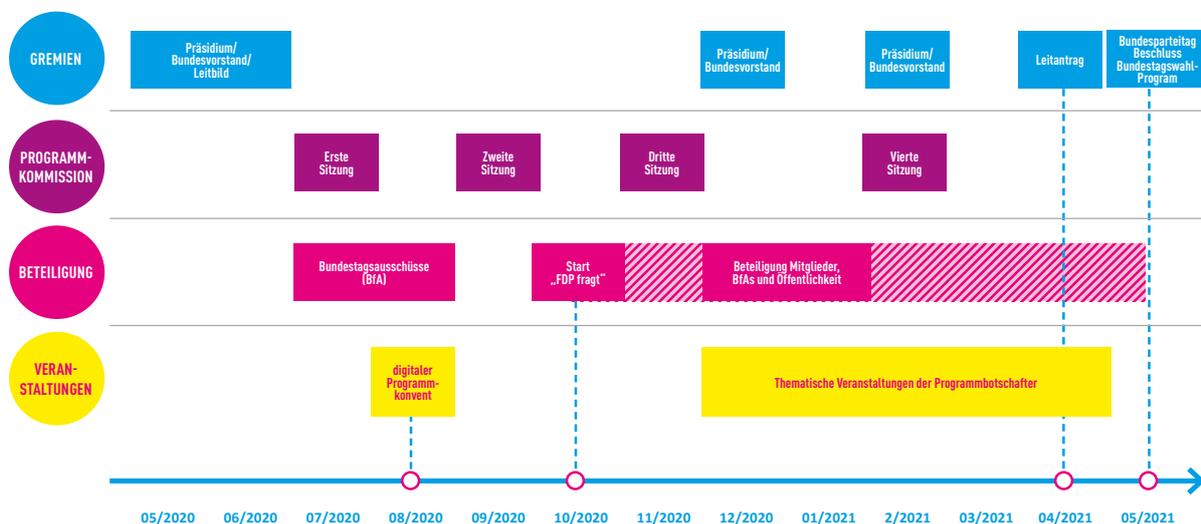
- AG 1) Ein handlungsfähiges und demokratisches Europa in einer partnerschaftlichen internationalen Staatengemeinschaft:** Nicola Beer, Alexander Graf Lambsdorff, Michael Link
- AG 2) Erneuerung des gesellschaftlichen Aufstiegsversprechens, das jedem Menschen die Chance auf Selbstbestimmung und Vorankommen durch Bildung und eigene Leistung eröffnet:** Nemir Ali, Katja Suding
- AG 3) Gerechtes Steuersystem und stabile Finanzmärkte:** Christian Dürr, Dr. Volker Wissing
- AG 4) Gestaltung der Digitalisierung, des technologischen Fortschritts und der Mobilität der Zukunft:** Manuel Höferlin, Daniela Kluckert, Oliver Luksic
- AG 5) Liberale Demokratie, vielfältige Bürgergesellschaft und Garantie eines handlungs- und durchsetzungsfähigen Rechtsstaats:** Wolfgang Kubicki, Stephan Thomae, Linda Teuteberg
- AG 6) Sicherung unserer Sozialsysteme und Zukunftschancen für Jung und Alt vor dem Hintergrund des demographischen**

Wandels: Christine Aschenberg-Dugnus, Johannes Vogel

- AG 7) Wiederaufbau der durch die Corona-Pandemie erheblich beeinträchtigten wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, Stärkung der Sozialen Marktwirtschaft und Gestaltung einer den Wohlstand für alle fördernden Wirtschaftsordnung:** Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Michael Theurer
- AG 8) Wirksame Bekämpfung des Klimawandels, Schutz von Natur und Artenvielfalt und Nachhaltigkeit durch Innovation:** Dr. Lukas Köhler, Carina Konrad, Judith Skudelny
- AG 9) Zukunftschancen, Vielfalt, Zusammenhalt – Lebensqualität in städtischen und ländlichen Räumen:** Kristin Franke, Konstantin Kuhle, Daniel Föst

Unter dem Motto „Zukunft braucht Verbündete“ haben wir Mitte August 2020 den Startschuss für die Programmarbeit zur Bundestagswahl 2021 gesetzt. Rund 1.000 Mitglieder aus ganz Deutschland hatten sich für den digitalen Programmkonvent angemeldet, um mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft Ideen und Impulse für das Wahlprogramm auszutauschen. Unser digitaler Programmkonvent hat wieder einmal gezeigt: Die Expertise und Erfahrung unserer Mitglieder ist die größte Stärke der Freien Demokraten. Die Ergebnisse der Diskussionen wurden in einer Broschüre gebündelt und als Impulsgeber und Anregung zum Mitmachen und Weiterentwickeln des Programms genutzt.

Die neun Arbeitsgruppen unserer Programmkommission und die Bundesfachausschüsse haben viele dieser Impulse aufgegriffen und zahlreiche Forderungen formuliert. Der Programmkommission war es überaus wichtig, die Mitglieder und Fachgremien der Partei mit ihrem breiten Erfahrungsschatz kontinuierlich in



die Erarbeitung der Inhalte einzubeziehen. Über zwei Beteiligungsphasen konnten sich daher nicht nur die Fachgremien und Mitglieder der Freien Demokraten, sondern alle Bürgerinnen und Bürger einbringen.

Die erste Beteiligungsphase startete im Oktober 2020 mit dem Launch unseres neuen digitalen Umfrage- und Beteiligungstools „FDP fragt“, das allen Interessierten die Möglichkeit bietet, sich schnell und unkompliziert am Programmprozess der Freien Demokraten zu beteiligen. In der zweiten Beteiligungsphase, die vom 18. Dezember 2020 bis Ende Januar 2021 stattfand, hatten die Gremien, Mitglieder, Verbände sowie die interessierte Öffentlichkeit die Möglichkeit, die fachlich-politischen Forderungen zur Bundestagswahl 2021 zu diskutieren, zu kommentieren und zu ergänzen.

Mit den vielen wertvollen Ideen, Hinweisen und Ergänzungen der Fachgremien, Mitglieder und Öffentlichkeit hat die Programmkommission den Entwurf des Wahlprogrammes weitergeschrieben. Am 12. April 2021 hat der FDP-Bundesvorstand den Entwurf für das Wahlprogramm 2021 beraten und als Leitantrag

für den Bundesparteitag verabschiedet. Auf dem 72. Ord. Bundesparteitag der Freien Demokraten wird das Programm abschließend beraten und beschlossen.

Ein gutes Programm ist jedoch nur etwas wert, wenn wir auch darüber sprechen. Die Mitglieder der Programmkommission und des Bundesvorstandes werden daher in den Monaten vor der Bundestagswahl als Programm-botschafter Diskussionsveranstaltungen mit FDP-Gliederungen, Verbänden und anderen lokalen Gruppen anbieten.

Bundesverband Junge Liberale

Vorsitz: Jens Teutrine

Die vergangenen zwei Jahre waren für die Jungen Liberalen eine erfolgreiche und zugleich herausfordernde Zeit. Während die erste Hälfte von vielen Begegnungen in zahlreichen Wahlkämpfen geprägt war, findet das Verbandsleben seit nun über einem Jahr vor allem in sozialer Distanz statt.

Im Mai 2019 haben die JuLis den Europawahlkampf der Freien Demokraten mit einer Jungwählerkampagne unterstützt. Die Highlights waren dabei die bundesweite Tour unserer JuLi-Spitzenkandidatin Svenja Hahn, ESC-Watch-Partys, eine Bustour durch Europa zum Dreh des Kampagnenfilms und ein Get-out-the-Vote-Wochenende in ganz Deutschland. Mit Svenja Hahn und Moritz Körner sind schließlich zwei JuLis in das Europäische Parlament eingezogen. Danach ging es direkt in die nächsten Wahlkämpfe. Im Sommer und Herbst 2019 unterstützten Junge Liberale aus dem gesamten Bundesverband die APO-

Doch auch außerhalb von Wahlkämpfen sind die Jungen Liberalen für die Anliegen der Jungen Generation laut geworden. Im Frühjahr 2019 haben JuLis in ganz Deutschland Demonstrationen gegen die EU-Urheberrechtsreform organisiert. Auch gegen die Menschenrechtsverletzungen in China und für eine generationengerechte Politik sind die Jungen Liberalen mehrfach auf die Straße gegangen.

Die Corona-Pandemie hat auch das Verbandsleben der Jungen Liberalen stark verändert. Auch wenn seit März 2020 so gut wie alle Präsenzveranstaltungen des Bundesverbandes ausfallen mussten, hat die Krise zumindest einen Schub bei der Digitalisierung des Verbandes ausgelöst. Mit regelmäßigen Online-Diskussionsveranstaltungen und digitalen Skill Camps wurde das Verbandsleben trotz Corona-Pandemie weitergeführt. Vielen Mitgliedern haben die digitalen Formate eine niedrigschwellige und ortsunabhängige Partizipation ermöglicht.



Wahlkämpfe in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. Im Februar 2020 kam der Verband ein letztes Mal beim Wahlkampf in Hamburg in Präsenz zusammen. Die Wahlkämpfe in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz konnten in diesem Jahr nur aus der Ferne unterstützt werden.

Doch ein wesentlicher Teil des Verbandslebens besteht eben aus persönlichen Begegnungen. Im Jahr 2020 haben sich die Jungen Liberalen aber nur Ende August für einen Bundeskongress in Präsenz treffen können. Unter strengen Hygieneauflagen und mit minimaler Teilnehmerzahl wurde satzungsgemäß ein neuer Bundesvorstand gewählt. Ria Schröder trat nach zwei

Jahren als Vorsitzende nicht erneut an. Ihr folgte Jens Teutrine aus Bielefeld als neuer Bundesvorsitzender nach. Der neue Bundesvorstand konnte auf dem



und Forderungen an die FDP und die nächste Bundesregierung formuliert. Auch im anstehenden Bundestagswahlkampf werden die Jungen Liberalen sich für die Freien



FDP-Bundesparteitag im September 2020 dann direkt einen großen Erfolg feiern. Auf Antrag der Jungen Liberalen wurde das Wahlalter 16 endlich Beschlusslage. Zahlreiche 16- und 17-jährige FDP-Mitglieder hatten sich vor dem Parteitag in einem offenen Brief an Christian Lindner gewandt und ihn um Unterstützung für ihr Anliegen gebeten. Am Ende haben sie nicht nur den Parteivorsitzenden, sondern auch die Mehrheit der Delegierten überzeugt.

Im November 2020 hat der Verband der Jungen Liberalen seinen 40. Geburtstag gefeiert. Leider musste der geplante große Jubiläumskongress mit Party und Festakt einer digitalen Veranstaltungswoche weichen. Mit einer Festschrift haben die Jungen Liberalen zudem auf ihre 40-jährige Geschichte zurückgeblickt. Historisch war auch der erste digitale Bundeskongress in der Geschichte der Jungen Liberalen im Januar 2021. Mit über 1.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern war der digitale Bundeskongress mit dem Motto „Kickstart aus der Krise!“ der teilnehmerstärkste Kongress in der Geschichte der Jungen Liberalen. Auch der Bundeskongress im Mai 2021 wird digital durchgeführt. Dort wird das Bundestagswahlprogramm der Jungen Liberalen beschlossen, das jungliberale Ideen

Demokraten starkmachen. Neben den vielen bereits nominierten jungen Kandidatinnen und Kandidaten werden auch der Bundesverband sowie die Untergliederungen der Jungen Liberalen besonders bei den Jung- und Erstwählern für die Freien Demokraten werben. Dazu laufen bereits die Vorbereitung einer eigenen Jungwählerkampagne und vor allem digitaler Wahlkampfformate. Bei den Jung- und Erstwählern war die FDP bei den vergangenen Wahlen stets am stärksten. Auch für die Bundestagswahl am 26. September werden die Jungen Liberalen in dieser Altersgruppe und für die Freien Demokraten insgesamt mit einem starken Wahlkampf zu einem ebenso starken Wahlergebnis beitragen.

Bundesverband Liberaler Mittelstand

Vorsitz: Dr. Dorian Hartmuth

Der Bundesverband arbeitet gegenwärtig daran, ein breites Netzwerk mit den deutschen Wirtschaftsverbänden aufzubauen, um gemeinsam schlagkräftiger operieren zu können:

Folgende Mitglieder wurden bereits gewonnen:

- Hauptverband der Deutschen Bauindustrie
- Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe
- Bundesverband Automatenunternehmer

Mit dem Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft konnte bislang eine Kooperation begründet werden – Beitrittsgespräche dauern noch an. Derzeit finden noch Anbahnungsgespräche mit drei weiteren Spitzenverbänden statt.

Der Bundesverband erlebte 2020 eine Krise. Die Landesvorsitzenden der größten Verbände Hessen, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Bayern traten zurück, um den Rücktritt des Bundesvorsitzenden des Liberalen Mittelstands, Thomas Kemmerich, herbeizuführen, der durch seine Wahl zum Ministerpräsidenten Thüringens mit den Stimmen der AfD politisch sehr geschwächt war. Thomas Kemmerich trat im April 2020 von seinem Amt als Bundesvorsitzender zurück und Andreas Keck aus Bayern übernahm von April bis Juni 2020 die kommissarische Leitung der Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand.

Am 27. Juni 2020 wurde dann in einer außerordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz der Bundesvorstand neu gewählt. Gewählt wurde Dr. Dorian Hartmuth als neuer Bundesvorsitzender. Stellvertretende Bundesvorsitzende wurden Britta Dassler, Axel Graf Bülow und MdB Olaf in der Beek. Generalsekretär wurde Dr. Thilo Scholpp, Schatzmeister wurde Michael Hoppmann. Britta Dassler trat im Herbst 2020 von ihrer Funktion zurück und wurde in kommissarischer Funktion durch Uschi Lex ersetzt.

Im Anschluss an die Neuwahl des Vorstands wurden Arbeitsgruppen im Vorstand eingerichtet, die sich mit den Kernthemen der Bundesvereinigung befassen:

- AG Social Media (Axel Graf Bülow)
- AG Programmatik (Sarah Zickler)
- AG IT-Auftritt der Bundesvereinigung (Dr. Thilo Scholpp)
- AG Pressearbeit (Viktor Piel)
- AG Gewinnung von Neumitgliedern und Netzwerkausbau (Michael Hoppmann)

Der bisherige Exzellenzpreis des Landesverbands Hessen, der jedes Jahr mit der Verleihung an einen renommierten Unternehmer für sein Lebenswerk stattfindet, wurde durch den Bundesvorstandsbeschluss und nach Abstimmung mit dem Landesverband als Bundes-Exzellenzpreis strategisch neu positioniert. Neu geschaffen wurde die Einrichtung eines Innovations-Exzellenzpreises für besondere unternehmerische Leistungen.

Es wurde eine Stabseinheit geschäftsführender Bundesvorstand mit wöchentlicher digitaler Sitzung montags um 18.00 Uhr geschaffen, in der die wesentlichen Entscheidungen des Bundesvorstands vorbesprochen werden. In der ersten Jahreshälfte 2021 ging der neue Website-Auftritt der Bundesvereinigung live, der auch die Neugestaltung aller Websites der Landesverbände umfasst. Intensive Schulungen zum Umgang mit den neuen Websites wurden durchgeführt. Der Bundesverband tritt seit 2020 in fast wöchentlichem Rhythmus mit Pressemeldungen in der Öffentlichkeit auf. Die Klickzahlen für die Social Media Aktivitäten des Verbandes sind stark nach oben gegangen, auch hier wird Woche für Woche eine neue Kachel gepostet. Der Bundesverband Liberaler Mittelstand ist im Bundesvorstand der FDP durch Axel Graf Bülow und Dr. Dorian Hartmuth regelmäßig vertreten. Gleiches gilt für den Bundesfachausschuss Wirtschaft der FDP. In Zusammenarbeit mit dem BFA Wirtschaft wurden mittelstandsbezogene Anträge für

den Bundesparteitag eingebracht. Für die Bundestagswahl im September 2021 stehen die Bundesvorstandsmitglieder Olaf in der Beek und Ingo Bodtke auf aussichtsreichen Listenplätzen. Olaf in der Beek gibt bei jeder Bundesvorstandssitzung einen Bericht aus Berlin. Die Beisitzer des Bundesvorstands haben in der konstituierenden Sitzung des neuen Bundesvorstands 2020 eigene Verantwortlichkeiten und Aufgabenbereiche übernommen, in ihren Fachthemen üben diese Verantwortlichen auch Sprecherfunktion für den Bundesvorstand aus. Der Bundesverband hat in den letzten 10 Jahren kontinuierlich ein ansprechendes Guthaben auf seinem Verbandskonto aufgebaut. Der Verband ist wirtschaftlich gesund und erzielte in den letzten acht Jahren in jeder zweijährigen Wahlperiode Überschüsse. Im Anschluss an jede Sitzung des geschäftsführenden Bundesvorstands wird ein digitaler Stammtisch für alle Mitglieder der Landesverbände gemeinsam mit den Vertretern des geschäftsführenden Bundesvorstandes ab Juni 2021 eingerichtet. Einmal im Monat wird eine erweiterte Bundesvorstandssitzung durchgeführt. Bei jeder zweiten Sitzung haben wir einen Gastredner. Unsere Gastrednerinnen und Gastredner waren bislang: Michael Theurer, Volker Wissing, Bettina Stark-Watzinger und Rene-Hagemann Miksits (Geschäftsführer des Hauptverbandes der deutschen Bauindustrie).

Bundesverband Liberale Frauen

Vorsitzende: Jacqueline Krüger

Stellvertreterinnen: Heike Schaumann, Tatjana Sosin, Henriette Pannow

Schatzmeisterin: Anja Offermann

Schriftführerin: Kirsten Cortez de Lobao

Berichtszeitraum 2019 – 2021

In 2019 konnte der Relaunch mit neuem CD/CI, neuer Website etc. abgeschlossen werden. Das Social-Media-Team wurde verstärkt und die Aktivitäten auf Facebook, Twitter wie auch auf Instagram verstetigt. Dazu gehören auch unterstützende Maßnahmen von Aktionen der FDP. Es fanden zahlreiche Aktionen im Rahmen von Landtagswahlkämpfen, anlässlich von 100 Jahren Frauenwahlrecht, dem Jahrestag des Mauerfalls u.ä. statt.

2020 wurde ein neuer Vorstand gewählt. Die Liberalen Frauen verstärkten ihre Zusammenarbeit mit dem Deutschen Frauenrat sowie den Landesfrauenräten und waren beim Empfang des Bundespräsidenten anlässlich des Internationalen Frauentages durch Frau Krüger

und Frau Schaumann vertreten. Durch die im Frühjahr einsetzende Corona-Krise konnten zahlreiche für 2020 vorgesehene Aktionen nicht stattfinden und mussten in den virtuellen Raum verlagert bzw. verschoben werden. Trotzdem konnten einige Vorhaben realisiert und auch etliche Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit durchgeführt werden.

Die Liberalen Frauen nehmen sowohl über die Beteiligung in den Bundesfachausschüssen und den Kommissionen als auch durch eigene Anträge an der Gestaltung der Programmatik in der FDP teil. Mit dem Ziel einer Erhöhung des Frauenanteils in der Mitgliedschaft wie auch bei Ämtern und Mandaten der FDP arbeitet der Bundesverband an einer besseren Vernetzung von Frauen sowie einer Unterstützung von Bewerberinnen und Kandidatinnen. Mit Blick auf die Zielvereinbarung sehen wir weiteren Handlungsbedarf und stehen den Landesverbänden der FDP hier gern unterstützend zur Seite. Sobald es die Situation wieder ermöglicht, ist die Durchführung von Veranstaltungen geplant, um insbesondere niedrigschwellige Anspracheformate zu platzieren.

Bundesverband Liberale Senioren

Der auf der Bundesdelegiertenversammlung in Würzburg neu gewählte Vorstand nahm seine Arbeit im Dezember 2019 in Mainz auf. Die Aufgaben und die damit verbundene Verantwortung wurden nach persönlichen Schwerpunkten der Mitglieder verteilt. Zudem sind die Liberalen Senioren (LiS) als eigenständige Vorfeldorganisation in allen FDP-Bundesfachausschüssen und Kommissionen vertreten und arbeiten ebenfalls in Fachkommissionen der BAGSO (Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen) mit. Sie beteiligten sich an der Entwicklung des FDP-Leitbildes und orientieren sich folglich auch an dessen Inhalten.

Vor dem Hintergrund der COVID 19-Pandemie trafen sich die Liberalen Senioren im Rahmen der gültigen Hygiene- und Sicherheitsregeln sowie zu digitalen Sitzungen über GoToMeeting. Sie formulierten Stellungnahmen u.a. zur Selbstbestimmung in allen Lebenslagen, vor allem zu neuem Denken in der Pflege und zur Autonomie des Menschen bis zum Lebensende. Schon früh in der Pandemie beschäftigten sie sich mit der Lieferung und der Liefersicherheit von Arzneimitteln und der Verbesserung der medikamentösen Versorgung älterer Menschen. Mit der Überschrift „Aus der Corona-Krise lernen – Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn“ brachten sie einen Antrag für den Bundesparteitag ein mit dem Ziel einer Wertediskussion in der Partei, der sich die LiS schon seit längerem widmen.

Bei einer Bundesvorstandssitzung in Erfurt berichtete der Landes- und Fraktions-

vorsitzenden der FDP Thüringen Thomas Kemmerich MdL zum Verlauf der Landtagsarbeit. Für die geplante Bundesdelegiertenversammlung im Oktober in Düsseldorf entschieden sich die LiS zur Durchführung eines Forums „Generationenvertrag und Altersversorgung – zerstört die Demografie unsere sozialen Sicherungssysteme?“ in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Naumann-Stiftung. Wegen der sich verschärfenden Schutzverordnungen musste diese Versammlung schließlich abgesagt werden.

Liberaler Politik für die Generationen soll zukünftig verstärkte Aufmerksamkeit gelten. Ein „Generationengipfel“ mit den Jungen Liberalen und den LiS in Berlin ist in Vorbereitung. Das wurde auch deutlich auf einer virtuellen Vorstandssitzung, in dessen Mittelpunkt der Auftritt des neu gewählten FDP-Generalsekretärs Dr. Volker Wissing MdL stand. Die LiS begrüßen die verbesserte Zusammenarbeit mit der Parteiführung und der Bundestagsfraktion mit den Abgeordneten Grigorios Aggelidis, Nicole Westig und Manfred Todtenhausen. Das soll auch auf dem Deutschen Seniorentag in Hannover zum Ausdruck kommen, auf dem die LiS mit einem Info-Stand und zwei Programmveranstaltungen vertreten sind.

Wir beteiligten uns an der Erarbeitung des Entwurfs des Bundestagswahlprogramms mit etlichen Modulen und freuen uns auf einen spannenden Wahlkampf.

Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen

Vorsitzende: Tabea Gandelheidt

Seit 2019 hat sich der Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen strukturell und personell neu aufgestellt und stetig professionalisiert. Grundlegend hierfür ist die 2019 erarbeitete und Januar 2020 beschlossene Satzungsreform. In dieser wurde der erweiterte Bundesvorstand zu einem echten Kontrollgremium für den gesamten Bundesverband und insbesondere die Arbeit des Bundesvorstandes gemacht, sodass die wertvolle Arbeit der Landesverbände stärker eingebunden werden kann. Zudem wurden die Finanzrichtlinien verschärft, die Anforderungen an die Haushaltsführung des Bundesvorstandes erhöht und die Stellung der Kassenprüfer gestärkt. Dadurch haben wir es geschafft, in kurzer Zeit die Professionalisierung des Verbandes immens voranzubringen, um den zurecht erhobenen Ansprüchen an die Liberalen Hochschulgruppen gerecht zu werden. Auch hat sich der Verband eine zeitgemäße Schiedsordnung gegeben, die unter dem neuen Bundesschiedsgericht bereits Verwendung fand und sich bewährt hat. Im Frühjahr 2021 führten wir pandemiebedingt die ersten Briefwahlen in der Geschichte des Verbandes statt, die neben einem neuen Bundesvorstand auch

einen umfassenden Code of Conduct ergaben. Letzterer wurde aktiv sowohl verbandsintern als auch innerhalb der liberalen Familie beworben und stieß auf überwältigende, positive Resonanz. Unsere internen Reformen haben in keiner Weise unsere starke programmatische Arbeit beeinträchtigt, im Gegenteil haben wir so viele Anträge beraten und beschlossen wie noch nie. Exemplarisch sind hier zu nennen Reformideen für das Medizin- oder Jurastudium, zur Finanzierung der Hochschulbildung und zur Promotion. Der Antrag „Wissenschaftsfreiheit verteidigen: Politische Einflussnahme auf Hochschulen unterbinden!“ wurde zur Grundlage unseres bundesweiten Aktionstages vor den Konfuzius-Instituten, die wir trotz Pandemie und gemeinsam mit den Jungen Liberalen erfolgreich und begleitet von medialer Aufmerksamkeit durchführen konnten. Wir blicken mit Vorfreude und Motivation auf das Wahlkampfjahr 2021 und unseren Beitrag zu einem starken Liberalismus in Deutschland.

Bundesvereinigung Liberaler Kommunalpolitiker

Vorsitz: Judith Pirscher

Der Bundesverband der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker (VLK) ist der Dachverband der 16 Landesverbände. Die Gesamtmitgliederszahl beträgt 2615.



Im Jahr 2019 wurde auf dem Zauberberg in Gummersbach ein neuer Vorstand gewählt. Die Delegiertenversammlung 2020 fiel pandemiebedingt aus.

Die VLK-Bund hat ihre Informationsarbeit für die Kommunalpolitiker weiter verstärkt. Dabei wird aus Gründen der Aktualität und auch aus Kostengründen Facebook als Medium eingesetzt. Mehrmals in der Woche wird über aktuelle Themen berichtet. Dabei werden die unterschiedlichsten Anbieter von kommunalrelevanten Informationen berücksichtigt.

Die Zusammenarbeit mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit wurde fortgesetzt. Für einige Bundesländer wurde ein Praxisleitfaden Kommunalpolitik erstellt. Die Broschüre wurde an Interessenten verschickt und steht auch online zur Verfügung. Vertreter der VLK wirkten als Referenten bei Seminaren der Stiftung mit. Die Stiftung hat die Bedeutung der Fortbildung der Kommunalpolitiker erkannt und ihr Bildungsangebot für diesen Personenkreis erfreulich ausgeweitet.

Kommunalpolitik wird in den Kommunen

gemacht, die Rahmenbedingungen – insbesondere die Finanzausstattung – sind jedoch Ländersache. Daraus ergibt sich, dass ein Schwerpunkt der Arbeit durch die Landesverbände der VLK geleistet wird. Der Landesverband Brandenburg wurde reaktiviert. Der Landesverband Niedersachsen wurde neuorganisiert und verfügt jetzt über eine hauptamtliche Geschäftsstelle und ein erweitertes Angebot. Nach den Kommunalwahlen in NRW und Hessen hat sich die Mitgliederzahl der dortigen VLK-Verbände stark erhöht. Als Folge der erfolgreichen Wahlen und Nachwahlen ist auch die Zahl der Fraktionen, Bürgermeister und sonstiger Funktionsträger gestiegen.

Durch die Landesverbände werden Bildungsveranstaltungen angeboten und Informationsschriften erstellt. Die Bundes-VLK vernetzt diese Arbeit in den Ländern und setzt dabei besonders auf Kooperationen und einen regelmäßigen Informationsaustausch. Die Bundes-VLK gibt die Fachzeitschrift „Das Rathaus“ (www.das-rathaus.de) in elektronischer Form heraus und verleiht den Engagement-Preis „Das Liberale Rathaus“ als Wanderpokal. Der Preis wird alle zwei Jahre für beispielhafte liberale Aktionen und Initiativen auf kommunaler Ebene vergeben. Vorschläge können von allen FDP-Ratsfraktionen, Orts- und Kreisverbänden der FDP, den Landesvorständen der VLK und von den Jungen Liberalen (JuLis) eingereicht werden. Die Vorschläge sind schriftlich zu begründen. In der Begründung sind Zielsetzung, Verfahren, Öffentlichkeitswirksamkeit und Ergebnis der durchgeführten Aktion bzw. Initiative darzustellen und ggf. zu dokumentieren.

Die aktuellen Preisträger sind:

1. OV Pocking-Bad Füssing – Bayern („Stadtrat Zormeier kocht auf“)
2. Gemeindeverband Lemwerder – Niedersachsen („FDP-Fahrradmarkt“)
3. OV Alpen NRW („Hommen sitzt“)

Bundesgeschäftsführer: Karl Peter Brendel
Redaktionsleiter: Marcel Schiller

Liberaler Schwule und Lesben (LiSL)

Bundsvorsitzender: Michael Kauch

Öffentlichkeitsarbeit und Verbandsarbeit digitalisieren – das stand während der Corona-Pandemie auch bei LiSL im Mittelpunkt. Die Liberalen Schwulen und Lesben (LiSL) tragen Themen von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen in die Partei und kommunizieren die Arbeit der FDP in die Zielgruppen hinein. Folgende Aktivitäten sind hervorzuheben:

- Erstmals seit ihrem Start im Jahr 2004 konnte die gemeinsame Kampagne von FDP, LiSL und JuLis zu den Christopher Street Days 2020 nicht wie gewohnt stattfinden. Die CSDs wurden entweder rein digital oder mit einer corona-konformen Demonstration durchgeführt, oder entfielen ganz. Entsprechend hatte LiSL auf Videos in den sozialen Medien sowie auf Ideen-

Pakete für Pop-Up-Aktionen vor Ort gesetzt.

- Für die Kampagne 2021 sind digitale und klassische Werbemittel in Vorbereitung, um entsprechend der schrittweise zu erwartenden Lockerungen vorbereitet zu sein. In diesem Jahr ist die CSD-Saison weitgehend nach hinten geschoben und reicht bis in den Oktober.
- Öffentlicher Dienst und LSBTI – das war Thema des Leitantes zur LiSL-Bundesmitgliederversammlung Ende 2019. Im Jahr 2020 stand die Vorbereitung des Bundestagswahlprogramms im Mittelpunkt. Zahlreiche Anregungen von LiSL finden sich im Entwurf des Bundestagswahlprogramms.
- Zum europäischen ALDE-Kongress 2021 stellen die FDP und weitere Parteien einen



Antrag zu Religion und LSBTI.
Dieser Antrag hat seinen
Ursprung im Programmprozess
bei LiSL zum Thema Islam und
LSBTI aus dem Jahr 2018.

- LiSL arbeitet eng mit der Bundestagsfraktion und mit der LSBTI-Arbeitsgruppe der Fraktionsvorsitzendenkonferenz zusammen. Dies betraf zuletzt unter anderem Initiativen zum Familien- und Abstammungsrecht, zur Reproduktionsmedizin, zur Blutspende und zu Konversionstherapien. Bei der Ergänzung von Artikel 3 des Grundgesetzes beteiligte sich LiSL an einer NGO-Initiative, die den Gesetzentwurf von FDP, Grünen und Linken nachdrücklich unterstützt.

- Mit „LiSL digital“ und „LiSLs virtueller Weltreise“ bietet LiSL regelmäßig zwei digitale Formate zu nationalen und internationalen Themen, teilweise in Kooperation mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Höhepunkt 2020 war eine auch medial beachtete Online-Veranstaltung mit Ahmad Mansour zur Homophobie-Prävention bei muslimischen Jugendlichen.



Mitgliederentwicklung im Berichtszeitraum

	30.04.2021	Männer	Frauen	Divers	Frauen in %	31.12.2019
Baden-Württemberg	8.286	6.569	1.716	1	20,71	7.868
Bayern	7.156	5.750	1.406	0	19,65	6.850
Berlin	3.528	2.738	789	1	22,36	3.495
Brandenburg	1.358	1.067	291	0	21,43	1.333
Bremen	401	328	73	0	18,20	411
Hamburg	1.643	1.331	312	0	18,99	1.544
Hessen	6.684	5.234	1.450	0	21,69	6.451
Mecklenburg-Vorpommern	686	567	119	0	17,35	680
Niedersachsen	6.285	5.032	1.251	2	19,90	6.060
Nordrhein-Westfalen	17.628	13.743	3.884	1	22,03	17.551
Rheinland-Pfalz	4.370	3505	864	1	19,77	4.444
Saarland	919	680	239	0	26,01	972
Sachsen	2.010	1.622	386	2	19,20	2.132
Sachsen-Anhalt	1.193	937	256	0	21,46	1.267
Schleswig-Holstein	2.710	2.076	634	0	23,39	2.668
Thüringen	1.183	926	257	0	21,72	1.267
Ausland / bundesunmittelbar	482	408	74	0	15,35	486
Gesamt-Partei	66.522	52.513	14.001	8	21,05	65.479

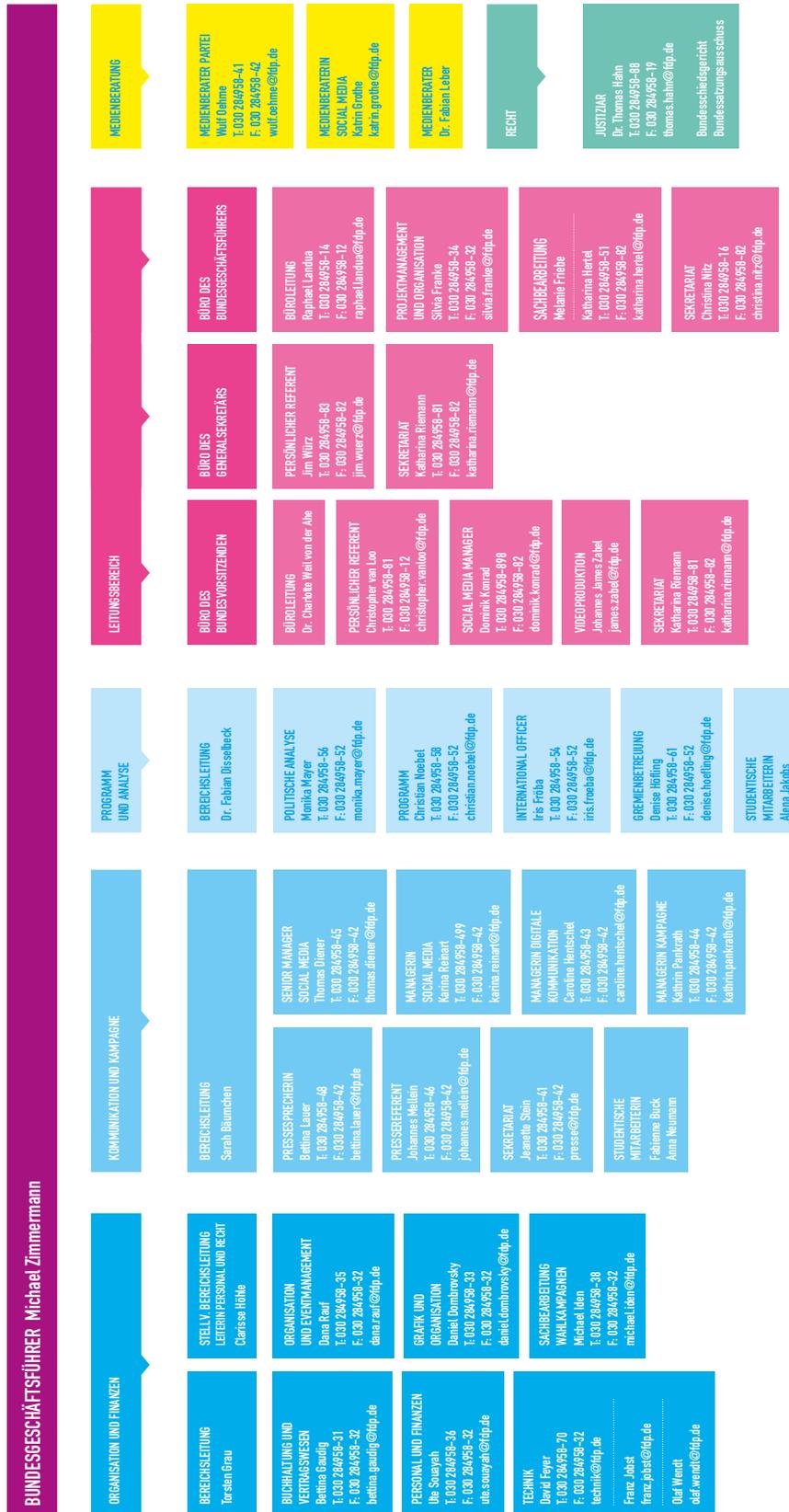
Wahlergebnisse im Berichtszeitraum (April 2019 bis Mai 2021)

Wahl	Datum	%
EUW	26.05.2019	5,4
KW Baden-Württemberg	26.05.2019	6,4
KW Brandenburg	26.05.2019	4,9
BüW Bremen	26.05.2019	5,9
BVV Hamburg	26.05.2019	6,6
KW Mecklenburg-Vorpommern	26.05.2019	4,3
KW Rheinland-Pfalz	26.05.2019	6,1
KW Saarland	26.05.2019	4,2
KW Sachsen	26.05.2019	5,7
KW Sachsen-Anhalt	26.05.2019	5,9
KW Thüringen	26.05.2019	4,8
LTW Brandenburg	01.09.2019	4,9
LTW Sachsen	01.09.2019	6,1
LTW Thüringen	27.10.2019	4,8
BüW Hamburg	23.02.2020	4,97
KW Bayern	15.03.2020	2,5
KW Nordrhein-Westfalenggf. Stichwahlen (27.09.2020)	13.09.2020	5,6
LTW Baden Württemberg	14.03.2021	10,5
KW Hessen	14.03.2021	6,7
LTW Rheinland-Pfalz	14.03.2021	5,5

EUW = Europawahl
 BTW = Bundestagswahl
 LTW = Landtagswahlen
 AW = Abgeordnetenhauswahl
 BüW = Bürgerschaftswahl
 KW = Kommunwahl
 BVV = Bezirksverordnetenversammlung = KW

Organisationsplan der FDP-Bundesgeschäftsstelle

L2/50



Impressum

Freie Demokratische Partei
Bundesgeschäftsstelle
Hans-Dietrich-Genscher-Haus
Michael Zimmermann
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin
T: 030 284958-10
F: 030 284958-12
info@fdp.de

Gesamtherstellung: FDP-Bundesgeschäftsstelle, Hans-Dietrich-Genscher-Haus,
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin